

E & W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 05/2022



MÄNNER IN PÄDAGOGISCHEN BERUFEN



UNTER DRUCK

International Schools wegen möglichen Verstoßes gegen das Sonderungsverbot in der Kritik. **Seite 20**

OHNE ZEITZEUGEN

Die Erinnerungs- und Gedenkstättenpädagogik über die NS-Zeit und die Shoah steht vor Veränderungen. **Seite 26**

NACH CORONA

Christoph Butterwegge: Masterplan Bildung gegen die sozialen Folgen der Pandemie notwendig. **Seite 34**

KLISCHEE FREI

Initiative zur Berufs-
und Studienwahl

Mit uns geht's klischeefrei durch die Schule!

www.klischee-frei.de/methodensets

Jetzt kosten-
frei Unterrichts-
material bestellen
oder downloa-
den!



GEFÖRDERT VON



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

DE SERVICESTELLE DER INITIATIVE KLISCHEEFREI

kompetenzz 
TECHNIK DIVERSITY CHANCENGLEICHHEIT

biib Bundesinstitut für
Berufsbildung

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Männer in pädagogischen Berufen

Rollen-Stereotype im Care-Beruf: „Du als Mann ...“	6
Berufsfeld Grundschule muss attraktiver werden	10
Erzieher: „Männlichkeit toppt fachliches Profil“	12
Rollenbilder aufbrechen: Je früher, desto besser	14
Kommentar: Jungen brauchen Männer – Mädchen auch	16



Foto: IMAGO/Westend61

Schule

Sexualisierte Gewalt: „Jede Schule kann Tatort sein“	18
International Schools: Unter Druck	20

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Ausbildungsvorbild Österreich: „Echte Perspektive“	24
--	----

Hintergrund

Erinnerungs- und Gedenkstättenpädagogik

Holocaust-Überlebende: Vom Zeit- zum Zweitzeugen	26
Shoah und Migration: Kein Richtig oder Falsch	29

Hochschule und Forschung

Studie zur Corona-Pandemie: Hochschulen am Limit	32
--	----

Gesellschaftspolitik

Folgen der Pandemie: Masterplan für Bildung nötig	34
Resolution der GEW zum Ukraine-Krieg	40

Medien

Film „Sun Children“: Traum vom besseren Leben	36
---	----

fair childhood

Projekt in Burundi: Straßentheater des Lebens	38
---	----

Mitgliederforum

41

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 74. Jg.

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnen

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

BAFÖG-NOVELLE KOMMT

Das Bundeskabinett hat Anfang April den Entwurf der 27. Bafög-Novelle auf den Weg gebracht. So sollen die Einkommensfreibeträge um 20 und die Bedarfssätze um 5 Prozent angehoben werden. Die Altersgrenze soll von jetzt 30 Jahren im Bachelor und 35 Jahren im Masterstudium auf dann einheitlich 45 Jahre angehoben werden. Der Vermögensfreibetrag wird von 8.200 auf 45.000 Euro erhöht.

Für die GEW begrüßte deren Hochschulexperte Andreas Keller die geplanten Verbesserungen als überfällig, kritisierte sie aber zugleich als nicht weitgehend genug. „Eine Erhöhung der Bafög-Sätze um gerade mal 5 Prozent ab Oktober bleibt weit hinter dem Bedarf zurück. Um eine spürbare Erhöhung der Ausbildungsförderung zu erreichen, müssten die Bedarfssätze um mindestens 10, eher 15 Prozent angehoben werden.“

Langversion der Meldung: [gew.de/ew-5-22](https://www.gew.de/ew-5-22)



LÖHNE STEIGEN KRÄFTIG

Der Mindestlohn für das pädagogische Personal in der Weiterbildung wird in den kommenden Jahren kräftig steigen. Das ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der GEW mit der Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e. V. (BBB). Die Tarifeinigung sieht vier Erhöhungsschritte vor: Ab dem 1. Januar 2023 um 4 Prozent, ab dem 1. Januar 2024 um weitere 4 Prozent, ab dem 1. Januar 2025 um weitere 4,25 Prozent, ab dem 1. Januar 2026 um weitere 4,5 Prozent.

„Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Es sichert den Beschäftigten in Zeiten hoher Inflation die dringend notwendigen Gehaltssteigerungen und honoriert ihre hohe Leistungsbereitschaft“, betonte Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik, mit Blick auf das Ergebnis. „Der gute Tarifabschluss ist ein wichtiger Schritt, um den immer größer werdenden Fachkräftemangel in der Weiterbildung zu stoppen“, ergänzte Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung.

TARIFFORDERUNGEN BESCHLOSSEN

Die Outlaw Tarifkommission hat im März die Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen zwischen der GEW und der Outlaw gGmbH beschlossen. Die Outlaw gGmbH ist ein bundesweit tätiger freier Träger im Sozial- und Erziehungsdienst. Der Arbeitgeber kam auf die GEW zu mit dem Ziel, einen Haustarifvertrag abzuschließen. Die GEW-Tarifkommission fordert eine Orientierung am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Kommunen (TVöD VKA) sowie die Beibehaltung aller bisherigen Regelungen, die sich für die Beschäftigten günstiger als der TVöD auswirken. Der Schwerpunkt liegt auf den Arbeitsbedingungen, da der Arbeitgeber spätestens ab Januar 2023 alle Beschäftigten nach TVöD bezahlen wird. Die Verhandlungen beginnen im Mai 2022.

FOTOWETTBEWERB DER GEW

Für den GEW-Kalender 2023 werden Fotografien von Menschen in der GEW gesucht, die eine emotionale Haltung spiegeln, eine positive Stimmung haben und Zuversicht, Mut und Hoffnung vermitteln. Wer sich am Kalender 2023 beteiligen will, reicht sein Foto bitte in Farbe und im Querformat bis zum 31. Juli 2022 ein. Die 2018 gegründete GEW-Fotogruppe ist ein freier Zusammenschluss von ehren- und hauptamtlichen Fotografinnen und Fotografen. Die Gruppe trifft sich ein- bis zweimal im Jahr. Mehr Infos und Anmeldung: [gew.de/ew-5-22](https://www.gew.de/ew-5-22)

Beitragsanpassung

Die Tarifrunde öffentlicher Dienst für Bund und Kommunen brachte 2020 Gehaltserhöhungen in zwei Schritten: zum 1. April 2021 (1,4 Prozent) und zum 1. April 2022 um 1,8 Prozent. Die Mitgliedsbeiträge der nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlten GEW-Mitglieder werden entsprechend der Erhöhung des individuellen Monatsgehalts rückwirkend zum 1. April 2022 angepasst. Der GEW-Mindestbeitrag steigt ebenfalls entsprechend von 11,88 Euro auf 12,09 Euro. Infos zur Tarifrunde TVöD Bund und Kommunen 2020: [gew.de/ew-5-22](https://www.gew.de/ew-5-22)
Nick Strauss, Schatzmeister der GEW

PRÄMIE DES MONATS



Mai: Fahrradtasche Lynx

Die sportliche Gepäckträgertasche bietet 25 Liter Stauraum, ist leicht und wasserdicht.
Mit dem praktischen Roll-up-Verschluss lässt sich das Volumen regulieren.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie

Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

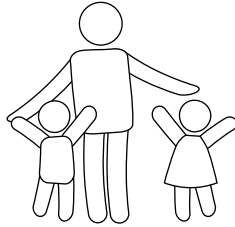
PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

„DU ALS MANN ...“



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Männer werden in den Sozial- und Erziehungsberufen noch immer händeringend gesucht. Doch die, die im Care-Bereich arbeiten, sind mit Herz und Seele dabei. Manchmal erleben sie dabei klassische Rollen-Stereotype aus einer anderen Perspektive. Drei Kollegen erzählen.

Fabian Schmidt aus Berlin kann sich noch gut an ein typisches Bild aus seinen Studientagen erinnern. „An der Alice-Salomon-Hochschule für Soziale Arbeit“, so erzählt er, „saßen zu 80 Prozent Frauen.“ Sein persönlicher Befund trifft bis heute die realen Zahlenverhältnisse ziemlich genau. Seit Jahrzehnten hat sich das Geschlechterverhältnis in der sozialen Arbeit kaum verändert. Noch deutlicher ist es nur im Kita-Bereich: In der frühkindlichen Bildung sind lediglich 7 Prozent der Beschäftigten Männer, trotz aller Einsteigerprogramme und Appelle der Politik und Arbeitgeber (s. Seite 12 f.). Unter den Grundschullehrkräften beträgt der Anteil der Männer etwas mehr als 11 Prozent (s. Seite 10 f.).

Till Janda, 33 Jahre, Erzieher aus Mainz

Seit acht Jahren ist Till Janda Kita-Erzieher in Mainz. In der Kinderbetreuung hat er seine berufliche Heimat

gefunden – als einer von drei Männern in einem zwölfköpfigen Team. „Für mich ist das Arbeitsumfeld sehr angenehm“, sagt der 33-Jährige. „Man hat nicht dieses Männer-Getue wie in anderen Berufen, in denen man immer Stärke zeigen und die Ellenbogen ausfahren muss.“ Er hat als Student im Messebau und in der Möbelmontage gejobbt und kennt das Macho-Gehabe anderer Kollegen. Außerdem war der Erzieherberuf sein zweiter Anlauf: Zunächst hatte er unter dem Eindruck seines in der Finanzbranche verorteten Elternhauses eine Ausbildung zum Bankkaufmann in einer Frankfurter Privatbank für gut betuchte Kunden begonnen. „Das war überhaupt nicht meine Welt.“

Während des Zivildienstes mit Demenzkranken erkannte Janda seine Stärken und fand den Weg, den er wirklich gehen wollte. „Meine Geduld im Umgang mit anderen Menschen wird von vielen geschätzt“, erzählt er. Statt des täglichen Umgangs mit Krankheit und Tod entschied er sich nach ein paar Semestern Soziologie und Politik an der Uni schließlich für das pralle Leben: die Betreuung von Kindern. Janda begann die Ausbildung zum Erzieher an einer staatlichen Schule, 2014 startete er in der Mainzer Kita sein Anerkennungsjahr. Zunächst arbeitete er mit Drei- bis Sechsjährigen, jetzt unterstützt er im Hort der Kita Maler-Becker-Schule vor allem Kinder im Grundschulalter.

Doch auch in der Kita erlebt er zuweilen klassische Rollenklischees. „Manchmal bekomme ich ganz typische Erwartungshaltungen zu spüren“, erzählt er. In Konfliktsituationen zum Beispiel. „Dann wird implizit von mir erwartet, dass ich als Mann doch mal die Dinge beim Namen nennen oder mit der Faust auf den Tisch hauen



Foto: Christoph Boreckheier



*Neben einer besseren Bezahlung
wäre ein diverseres Rollenbild
ein echter Vorteil.*



TILL JANDA,
ERZIEHER

soll.“ Auch Fußball- und Werkstattprojekte werden zuerst ihm angetragen. „Dabei liegen meine Talente eher beim Zeichnen als darin, einen Nagel in die Wand zu schlagen.“ Trotz dieser gelegentlichen Momente schätzt Janda seinen Beruf sehr. Und er hat beobachtet: Je mehr Männer in einer Einrichtung tätig sind, umso geringer sind die Hürden für weitere männliche Bewerber. „Neben einer besseren Bezahlung wäre ein diverseres Rollenbild ein echter Vorteil“, sagt er. Es wäre eine Welt, in der Männer nicht immer für Fußball, Bauen und Kämpfen zuständig sind.

**Fabian Schmidt, 36 Jahre,
Sozialarbeiter aus Berlin**

Auch bei Fabian Schmidt war es der Zivildienst, der ihn von einem ganz anderen Berufsweg in die Soziale Arbeit führte. Zunächst absolvierte er ein technisches Fachabitur und begann ein Studium der Umwelttechnik. Schon seine Mutter und seine Schwester sind in Ingenieurberufen tätig. „Aber mir fehlte einfach der Drive“, erzählt er. Schmidt machte eine kleine Lebenskrise durch und stellte fest: „Viele Menschen reproduzieren häufig die Vorbildrollen der Eltern – egal, ob sie dafür geeignet sind oder nicht. Die Bilder sitzen in den Köpfen fest.“ Doch die Unterstützung seiner Familie half ihm dabei, aus den tradierten Bahnen auszubrechen.

Schmidt brach das Studium ab und besann sich auf seine ersten Erfahrungen als Zivi in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Er absolvierte ein Praktikum beim Lernmobil e. V. in Berlin, der Verein organisiert Hilfen für junge Leute mit Beeinträchtigungen. Dann begann er als Seiteneinsteiger bei der Lebenshilfe. „Ich habe gemerkt: Ich mag den Bereich und eigne mich dafür.“ Menschen in besonderen Lebenslagen zu unter-



Foto: Andrea Vidovic



Soziale Berufe werden nicht wertgeschätzt. Die Bezahlung müsste deutlich besser sein.



FABIAN SCHMIDT,
SOZIALARBEITER

>>> stützen, Solidarität zu leben und den Zusammenhalt zu stärken, ist ein Auftrag, den er gern ausfüllt. Schließlich studierte er an der Alice-Salomon-Hochschule Sozialarbeit. Seit vorigem Jahr arbeitet der 36-Jährige in der Familienhilfe und unterstützt Menschen dabei, wieder auf die Beine zu kommen. Benachteiligt habe er sich als Mann in der vermeintlichen Frauenwelt nie gefühlt – im Gegenteil. „Man gehört ja zu einer dringend benötigten Minderheit, weil so wenige Männer auf dem Arbeitsmarkt sind“, sagt er. „Man kann sich seine Tätigkeit beinah aussuchen.“ Dass seine Che-

finnen Frauen sind, empfindet er als angenehm, solange sie ihn nicht fragen: „Kannst du als Mann das nicht mal klären.“ Nur fehle es bis heute an gesellschaftlicher Anerkennung. „Soziale Berufe werden nicht wertgeschätzt“, sagt er. „Die Bezahlung müsste deutlich besser sein. Die niedrigen Gehälter und die wenigen Aufstiegschancen schrecken viele Männer ab.“

Doch auch wenn Schmidt manchmal mit einem „chronisch unterfinanzierten System hadert, das die Menschen fit machen soll für die kapitalistische Gesellschaft“: Für ihn ist die Sozialarbeit ein Traumberuf. „Praktische Solidarität zu leben und dafür bezahlt zu werden, das ist für mich ein idealer Zustand.“

**Carsten Arnheim, 51 Jahre,
Grundschullehrer aus Hamburg**

Carsten Arnheim hatte schon früh Lust, auch jüngere Jahrgänge zu unterrichten. Mitte der 1990er-Jahre studierte er Lehramt für Grund- und Mittelstufe, dann begann er an einer Hamburger Gesamtschule zunächst mit seinem Lieblingsfach Physik. Seit mehreren Jahren arbeitet der heute 51-Jährige nun an der Adolph-Schönfelder-Grundschule in Hamburg-Barmbek. „Es ist ein



Foto: Babette Brandenburg



*Es ist ein erfüllender Job,
weil man so viel Grundlegendes
bewirken kann.*



CARSTEN ARNHEIM,
GRUNDSCHULLEHRER

erfüllender Job, weil man so viel Grundlegendes bewirken kann“, sagt Arnheim. „Nicht nur beim Schreiben, Lesen, Rechnen – sondern in sozialen Kompetenzen, Konfliktverhalten und anderen Lebensbereichen.“ Dabei war der natur- und technikbegeisterte Lehrer anfangs mit einer Ausbildung zum Industrie-Elektroniker ins Berufsleben gestartet. „Aber ich merkte bald: Ich will intensiver mit Menschen arbeiten.“ Während des Zivildiensts nach der Ausbildung eröffneten sich ihm neue Perspektiven: Er arbeitete im sozialen mobilen Hilfsdienst auf St. Pauli für Menschen, die im

Alltag Unterstützung benötigen. „Während dieser Zeit beschäftigte ich mich viel mit der Frage, wie ein Mensch lernt und vergisst – und dachte viel über meine eigene Schulzeit nach“, erzählt er. „So bin ich zum Lehrerberuf gekommen.“ Dass er im Grundschulbereich fast nur mit Frauen zusammenarbeitet, sei für ihn nie ein Problem gewesen: „Es war ja keine Überraschung, ich konnte mich drauf einstellen und wurde immer mit offenen Armen empfangen.“

Arnheim ist ein erfahrener Schulpersonalrat, seine Unterstützung ist im Kollegium oft gefragt. „Manchmal sind Kolleginnen froh, wenn ich nach vorn gehe. Die meisten Schulleitungen sind ja immer noch mit Männern besetzt.“ Der Hamburger Pädagoge ist zudem jemand, der Abwechslung und neue Herausforderungen sucht. Er hat schon mehrfach die Schule gewechselt, um neue Unterrichtskonzepte kennenzulernen, andere Aufgaben und andere Jahrgänge zu übernehmen. Wenn er seine 3. Klasse in anderthalb Jahren abgibt, hätte er Lust, mal wieder Physik in älteren Jahrgängen zu unterrichten. Und in einem gemischten Kollegium, sagt Arnheim, finde er öfter mal Themen wieder, die ihn auch neben der Schule bewegen. ■

BERUFSFELD GRUNDSCHULE MUSS ATTRAKTIVER WERDEN

INGE MICHELS
freie Journalistin

Viele Kinder erleben Grundschulen als weitgehend „männerfreie Zone“. Kein Wunder, schließlich gibt es dort gerade einmal gut 11 Prozent Männer.

Der Anteil der weiblichen Lehrkräfte lag im Schuljahr 2020/2021 bei weit über 50 Prozent; während an Gymnasien, Haupt-, Real- sowie Gesamtschulen und Gesamtschulen knapp zwei Drittel der Lehrkräfte Frauen waren, betrug ihr Anteil in den Grundschulen 88,6 Prozent. Wer nach Ursachen für das Ungleichgewicht forscht, findet eindeutige Antworten: zu wenig Geld, kaum Aufstiegschancen und ein für Männer wenig attraktives Berufsumfeld. Die GEW ringt seit Jahren darum, die Bezahlung der Lehrkräfte anzugleichen. Nicht zuletzt dank der GEW-Kampagne „JA13“ ist es in der Hälfte der Bundesländer gelungen, dass Grundschullehrkräfte von Anfang an in die Besoldungsstufe A13 (Beamte) bzw. Entgeltgruppe E13 (Angestellte) eingruppiert werden oder über Zulagen eine Anpassung der Gehälter erhalten – so in Hamburg, Thüringen, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. In den anderen Bundesländern blocken die Landesregierungen noch. Eltern verstehen diese Diskussionen gar nicht. Schließlich wird in der Grundschule nicht nur das Fundament für die schulische Bildung gelegt, sondern die Erfahrungen dort sind für den weiteren Bildungs- und Lebensweg

der Kinder entscheidend. „Wir können angesichts der herausfordernden und vielfältigen Aufgaben und stetig steigender Anforderungen bezüglich Fachwissen und pädagogischer Leistung keinen Grund sehen, der eine geringere Besoldung gegenüber anderen Lehrkräften rechtfertigt“, wundert sich zum Beispiel die Landeselternschaft Grundschulen in Nordrhein-Westfalen.

Frauen trauen sich eher zu, die Bedürfnisse junger Kinder zu erfüllen, Männer zieht es mehr in die fachspezifische Arbeit.

Doch die Besoldungsstufe allein ist nicht der Grund dafür, dass sich das Interesse am Grundschullehramt bei Männern in Grenzen hält. Einer, der sich als junger Mann aus guten Gründen für die Grundschule entschieden hatte, ist Carsten Kroppach. Der didaktische Leiter einer Gesamtschule in Bonn blickt zurück: „Was mich an dem Beruf angezogen hat, war der Umgang mit jungen Kindern, die offen und neugierig auf Lernangebote reagieren und ihre Rückmeldungen noch ganz ungefiltert geben. Das hat mir schon im Referendariat gut gefallen, auch die emotionale Bindung zu den Kindern schätzte ich sehr. Die Frage der Besoldung war für mich zweitrangig.“ Dass Kroppach der Grundschule später den Rücken zukehrte, war nicht geplant. „Das Angebot, an einer Gesamtschule zu arbeiten, wollte ich eigentlich nur vorübergehend annehmen, aber dann entdeckte ich die Chancen von größeren Systemen. Anders als in Grundschulen fand ich in der Gesamtschule mehr Möglichkeiten, meine Interessen einzubringen, Freundschaften zu knüpfen und Verantwortung für bestimmte Bereiche zu tragen. Ich übernahm zum Beispiel die Koordination der Unterstufe. Dass ich auf mehr männliche Kollegen traf, spielte ebenfalls eine Rolle. Deshalb bin ich geblieben.“



EIN BILD MIT SELTENHEITSWERT: MÄNNLICHE LEHRKRÄFTE SIND AN GRUNDSCHULEN IN DEUTSCHLAND IN DER MINDERHEIT.

Und was bewegt Frauen, als Grundschullehrerinnen zu arbeiten? Was ist für sie wichtig, und worin unterscheiden sie sich womöglich von ihren männlichen Kollegen? Die Buchautorin und ehemalige Leiterin einer Grundschule im Großraum Frankfurt am Main, Kati Ahl, gibt Antworten. Sie arbeitet heute als Schulentwicklungsberaterin an der Lehrkräfteakademie Hessen und bringt Erfahrungen als Ausbildungsbeauftragte für Referendare mit. „Natürlich ist es auch Frauen nicht egal, wie viel sie verdienen. Aber ich konnte zweierlei beobachten: Zum einen war tendenziell zu erkennen, dass Frauen sich eher als Männer zutrauen, die Bedürfnisse junger Kinder zu erfüllen als etwa die von Pubertierenden. Zum anderen zog es Männer mehr in die fachspezifische Arbeit der Unterrichtsfächer; und in den Grundschulen ist der Anteil der Ausbildung in didaktischer, pädagogischer und psychologischer Kompetenz nun einmal höher als in Schulformen der Sekundarstufe I.“

Die Beraterin wertet die von der GEW und anderen geforderte Höhergruppierung als ein wichtiges Signal für die Wertschätzung des Berufs. „Um es mal auf den Punkt zu bringen: Bei A12 als Einstiegsgehalt und einer strukturierten Deckelung bei A14 nehmen viele Menschen die Arbeit einer Grundschullehrkraft nicht ernst.“ Es sei deshalb an der Zeit, in der Öffentlichkeit ein anderes Bild der Arbeit in Grundschulen zu zeichnen. Das sieht Anja Bensinger-Stolze, für Schule verantwortliches Vorstandsmitglied der GEW, genauso. „Wir arbeiten seit 2011 systematisch an dem Thema. In den Grundschulen beginnen alle pädagogischen Reformen. Hier findet Inklusion statt, jetzt kommt der Ganzttag. Die Lehrkräfte dort verdienen großen Respekt – und A13 beziehungsweise E13 als Einstiegsgehalt.“ ■

Quelle der statistischen Zahlen sowie eine interaktive Karte A13: gew.de/ew-5-22

„MÄNNLICHKEIT TOPPT FACHLICHES PROFIL“

ANJA DILK
freie Journalistin

Keine Frage: Männer in der frühkindlichen Bildung sind im Kommen. Seit 2009 hat sich der Männeranteil in den Kitas laut Statistischem Bundesamt mehr als verdoppelt, liegt aber weiterhin nur bei gut 7 Prozent.

Das Berufsfeld Kita und Hort ist für Männer attraktiver geworden. Der Kampf der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und eine Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) haben ebenso dazu beigetragen wie die Bundesinitiativen „Mehr Männer in die Kitas“ und „Chance Quereinstieg“, die in den vergangenen zehn Jahren intensiv für männliche Beschäftigte getrommelt haben.

Und doch: Es gibt nach wie vor große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Hamburg etwa hat die 10-Prozent-Marke deutlich geknackt, Bayern liegt noch bei 5 Prozent. 1996 empfahl die Europäische Union, bis 2020 den Männeranteil in den Kitas auf 20 Prozent zu erhöhen. Davon ist nicht nur Deutschland noch weit entfernt. Im europäischen Vergleich liegt laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2019 lediglich Dänemark mit einem Anteil von 12 Prozent in der Betreuung der Kinder, die älter als drei Jahre sind, über der 10-Prozent-Marke. Dabei zeigt eine Repräsentativbefragung des Delta-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung von 2018 für

Deutschland: 98 Prozent der Fachkräfte wünschen sich mehr Männer in Kita und Hort, auch die Zustimmung der Eltern ist groß: 57 Prozent (Kita) und 62 Prozent (Hort). Für mehr Männer in Krippen plädieren 90 Prozent der Fachkräfte und 78 Prozent der Eltern. Beide Gruppen sind überzeugt, dass männliche Erzieher für die Entwicklung der Kinder wichtig sind.

Für die Berufswahl ist die Einschätzung der Peergroup wichtig.

Warum also ist der Männeranteil immer noch so niedrig? Lange wurde vermutet: Es liegt an der immer noch nicht ausreichenden Bezahlung. Schließlich müssen Männer auch heute noch ihrer Rolle als Familienernährer gerecht werden. „Das wird überschätzt“, meint Jannes Boekhoff, Kindheitspädagoge an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. „Zum einen entspricht das heute nicht mehr dem Selbstverständnis vieler Männer. Zum anderen geht der Trend zu Doppelverdienerhaushalten.“ Auch verdient eine pädagogische Fachkraft nicht weniger als ein Kfz-Mechatroniker, hat aber in der Regel eine deutlich längere Ausbildung absolviert. Rund 2.900 Euro brutto sind es derzeit in der Einstiegsstufe der Entgeltgruppe S8a, in der höchsten Gehaltsstufe kommt eine Erzieherin auf knapp über 3.900 Euro. Zudem sind pädagogische Jobs zukunftsfest, die Nachfrage ist groß.

Viel wichtiger für die Berufswahl von Jugendlichen sind nach Boekhoffs Einschätzung die Bewertungen der Peergroup. Was finden Freunde gut, gibt es Vorbilder, die sichtbar machen, wie facettenreich und anspruchsvoll der Alltag in der Kita aussieht? „Das Bild des Erziehers ist oft noch typisch weiblich geprägt. Dass Fachkräfte eine hochqualitative konzeptionelle Bildungsarbeit machen,



Die Bewertungen des sozialen Umfeldes sind oft entscheidend für die Berufswahl.

dass auch Elternarbeit, Zusammenarbeit mit Schulen oder Projekte im Kiez dazugehören, wissen viele gar nicht.“ Berufsumsteiger dagegen haben oft eine klare Motivation für den Schritt in die Kita: „Sie suchen eine Arbeit, die sozial ist und Sinn stiftet.“

Geschlechtsspezifische Zuschreibungen in Stellenausschreibungen schrecken ab.

Abschreckend können geschlechtsspezifische Zuschreibungen wirken, die männliche Erzieher auf klare, eindimensionale Rollenerwartungen festlegen. Gunter Neubauer vom Sozialwissenschaftlichen Institut Tübingen (SOWIT) forscht dazu seit Jahren: „Wenn etwa in Stellenausschreibungen ‚Starke Typen für starke Kinder‘ gesucht und dazu freundliche junge Männer mit muskulösen Oberarmen gezeigt werden, wird nicht professionelle Fachlichkeit angesprochen, sondern der Erzieher auf ein Geschlechtsstereotyp reduziert.“ Schon Initiativen wie der Boys‘ Day und der Girls‘ Day

liefen in der Umsetzung vor Ort in der falschen Spur: Denn sie setzten genau diese Geschlechterbrille wieder auf. „Warum nicht stattdessen ein Sozial- und ein Tech-Praktikum für alle verpflichtend machen?“ In den Einrichtungen selbst spiegelte sich das in den Rollenerwartungen an die männlichen Mitarbeiter wider, sie „werden in ein Geschlechtsprofil reingedacht“: Sie sollen bauen und experimentieren, mit den Kindern toben und kicken, die „männliche Perspektive“ einbringen. „Dass ein Mann vielleicht genauso gern singt und Fantasiereisen anleitet, wird selten mitgedacht“, kritisiert Neubauer. „Männlichkeit toppt fachliches Profil.“ Als würde bei weiblichen Fachkräften besonders die Mütterlichkeit zählen. Vor Jahren hat Kindheitspädagoge Boekhoff selbst mal in einem Zeitungsartikel für seine Arbeit als Erzieher in Ostfriesland geworben. Heute würde er das so nicht mehr machen. Denn der Beitrag wurde übertitelt mit „Der Exot auf dem Lande“. Boekhoff: „Wir sollten Männer als Fachkräfte ja gerade nicht zu etwas Besonderem machen.“ ■

JE FRÜHER, DESTO BESSER

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Frei von Vorurteilen: Mit Wimmelbüchern und Abenteuergeschichten will die Initiative Klischeefrei schon in Kita und Grundschule mit klassischen Rollenbildern brechen.

Lara und ihr Bruder Elias hocken gelangweilt im Wohnzimmer, als es an der Tür klingelt: Davor steht Papas bester Freund David, Altenpfleger von Beruf, im

blauen Kittel und drückt den Kindern einen goldenen Schlüssel in die Hand. Damit beginnt für die Geschwister in dem Lesebuch „Der Schlüssel zu Oma Edas Welt“ ein Abenteuer, frei von Geschlechterklischees: In einem wundersamen Haus lernt Lara, wie sie eine Drohne repariert, im Schuppen kümmert sich Mo um verletzte Tiere, in der Küche verziert Tom eine Torte – und alle gemeinsam retten ein kleines Wildschwein. „Unser Ziel ist es, dass Kinder ihre Stärken und Interessen frei von Geschlechterstereotypen entfalten“, sagt der Leiter der Initiative Klischeefrei, Miguel Diaz. „Je früher wir Kinder für das Thema sensibilisieren, desto besser.“ Dabei geht es explizit auch darum, Jungen für den Beruf des Erziehers, Pflegers, Sozialarbeiters oder Grundschullehrers zu begeistern.



JUNGEN BRAUCHEN VORBILDER,
UM SICH FÜR SOZIALE UND PÄDAGO-
GISCHE BERUFE ZU INTERESSIEREN.

Als vor rund 20 Jahren der erste Girls' Day startete, stellte sich bald die Frage: Was ist eigentlich mit den Jungen? Auch sie seien aufgrund der Geschlechterklischees in ihrer Persönlichkeitsentfaltung und damit in ihrer Berufswahl eingeschränkt, betont Diaz. Hinzu kommt: „Nachhaltige Veränderungen in der Gesellschaft können wir nur erzielen, wenn wir die Jungen mitemdenken.“ Nach mehreren Einzelinitiativen findet seit 2011 ein bundesweiter Boys' Day statt, als offizieller Aktionstag zur Berufsorientierung für Jungen ab der 5. Klasse. Die Jungen absolvieren unter anderem ein Tagespraktikum in Altenpflege, Sozialarbeit, Ergotherapie oder Kita. Diaz schätzt, dass jedes Jahr rund 30.000 Jungen an dem Projekttag teilnehmen.

Mit klassischen Geschlechterrollen soll gebrochen werden.

Doch klar ist, dass es mit einem eintägigen Aktionstag nicht getan ist. Deshalb hat die Initiative Klischeefrei – ein vom Bildungs- und Familienministerium gefördertes Bündnis aus Bildung, Politik, Wirtschaft, Praxis und Wissenschaft – kostenlose Materialien für diese Zielgruppe entwickelt. Für Kitas gibt es ein Memory und ein Wimmelbuch zu Berufen: Da trägt Papa lässig sein Baby im Tragetuch umher, ein Altenpfleger begleitet eine alte Dame zum Zug, eine Bauarbeiterin bedient einen knallgelben Kran, und ein Erzieher spielt in der Kita mit einem Jungen. „Ich kann alles werden“, lautet der Titel. „Das Set findet reißenden Absatz“, berichtet Diaz. Pro Woche würden sie bis zu 500 Pakete an Kitas verschicken.

Das Set für Grundschulen besteht aus zwei Lesebüchern. Zudem wird eine Methodenmappe mit Arbeitsblättern für den Unterricht bereitgestellt. Die Lehrkräfte sollen angeregt werden, im Kollegium, auf Konferenzen oder Elternabenden zu reflektieren: „Wie klischeefrei ist unsere Schule?“ Ziel des Materials sei es, erklärt Diaz, „unaufgeregt“ mit klassischen Geschlechterrollen zu brechen. Wichtig sei, dass Erzieher in der Kita zum Beispiel nicht nur dafür herhalten müssen, sich der Technik zu widmen oder Fußball zu spielen. So erklärt David im Lesebuch, warum er Altenpfleger und kein Bauarbeiter geworden ist: „Ich kümmere mich lieber um Menschen als um Steine.“ Seine Mutter lacht: „Stimmt. Das hast du schon als kleiner Junge gern gemacht.“ ■

Klischeefrei-Methodensets für Fachkräfte in Kita und Schule: gew.de/ew-5-22



vhs Deutscher Volkshochschul-Verband

Einfach gut unterrichten.
Die DVV-Rahmencurricula

Alpha-Kurzdiagnostik

Lesen und Schreiben:
Finden Sie heraus, was Ihre Teilnehmer*innen schon können und was nicht. Kostenlos.

AlphaDekade 2016–2026

Paritätischer Bundesrat
Bundesministerium für Bildung und Forschung



www.grundbildung.de

Wir feiern euch. Seit 150 Jahren.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **IDBV**

150 JAHRE

Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie.

Gemeinschaft macht stark.
Wir bedanken uns bei allen Kundinnen und Kunden für die enge Verbundenheit und 150 Jahre voller Vertrauen und Partnerschaft. Wir sind an Ihrer Seite. Jetzt und in Zukunft. dbv.de/150jahre

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW**

Eine Marke der AXA Gruppe 



JUNGEN BRAUCHEN MÄNNER – MÄDCHEN AUCH

DOREEN SIEBERNIK

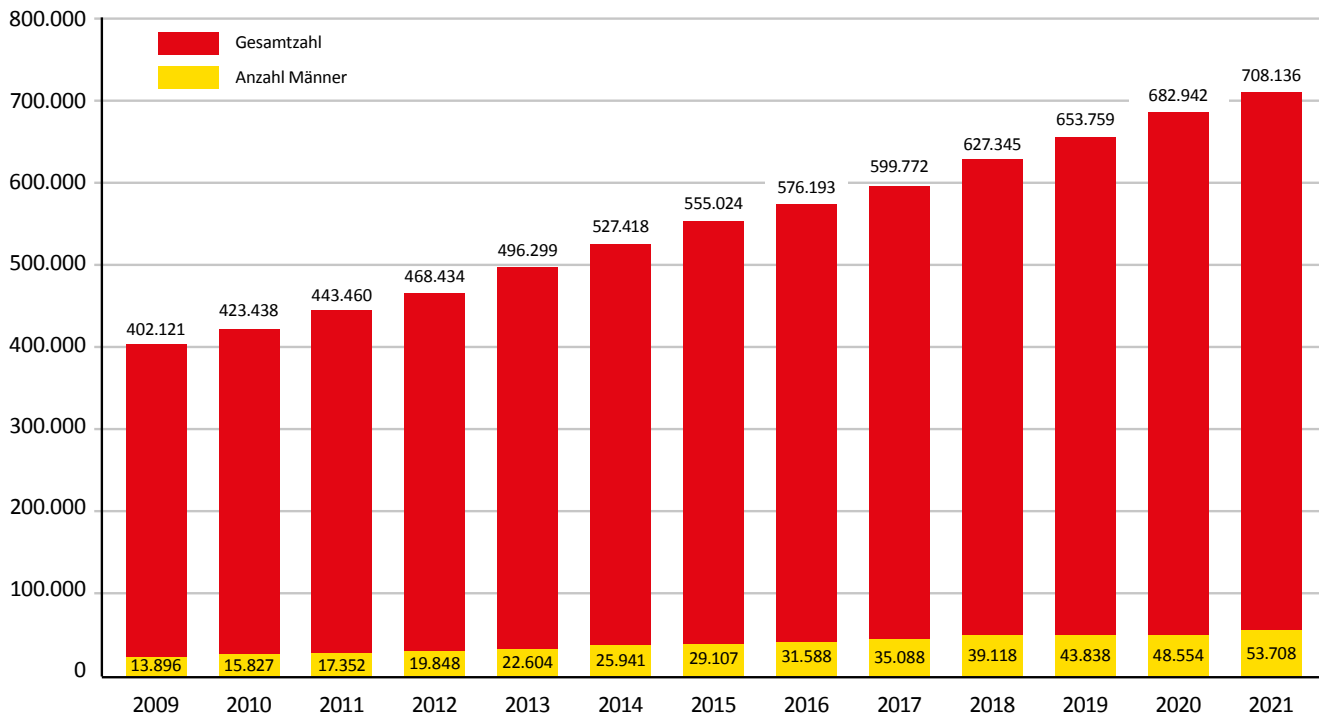
GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit

Es gibt viele Gründe, warum Männer in den Kitas und Erziehungsberufen unterrepräsentiert sind.

Seit Jahren wird gefordert, den Anteil von Männern in den Kitas und in den Erziehungsberufen zu erhöhen. Dennoch ist die Zahl der weiblichen Fachkräfte nach wie vor um ein Mehrfaches höher. Im Jahr 2021 arbeiteten knapp 654.500 Frauen und lediglich rund 53.700 Männer im Bereich der Kinderbetreuung und -bildung.

Da stellt sich die Frage, warum sind Männer im Kita-Betrieb immer noch so stark unterrepräsentiert? Es gibt viele Gründe. Die Aufgabe der Kindererziehung wird traditionell noch immer eher Frauen zugeschrieben. Sozial erfährt der Erzieherberuf wenig Anerkennung, wie es oft bei den sogenannten Frauenberufen der Fall ist. Nach wie vor erleben wir, dass Jungen bei der Berufswahlentscheidung wenig Ermutigung erfahren. Ihre eigene Kompromissbereitschaft bei der Berufswahl ist zudem sehr gering, wenn eine berufliche Option in den Konflikt zu den eigenen sich herausbildenden geschlechtlichen Selbstbildern gerät. Das entwickelt sich schnell zu einem Dilemma, und genau in dieses können junge Männer bei der Berufswahl geraten. Sie stehen dann gefühlt zwischen Baum und Borke, zwischen ihrem eigenen Interesse an dem Beruf des Erziehers und der kulturellen Markierung des Berufs

GESAMTZAHL DES PÄDAGOGISCHEN, LEITUNGS- UND VERWALTUNGSPERSONALS IN DER KINDERBETREUUNG IM ZEITRAUM VON 2009 BIS 2021 SOWIE ANZAHL DES MÄNNLICHEN PERSONALS



Quelle: Statista 2022, Grafik: zplusz

als Frauenberuf. Bewusst oder unbewusst werden so auf vielfache Weise Jungen davon abgehalten, einen mehrheitlich nicht von Männern ausgeübten Beruf zu wählen, selbst wenn sie sich dafür interessieren. Deshalb reicht auch der reine Ruf nach Männern in Kindertageseinrichtungen nicht aus. Es muss nach besonderen Qualitäten gefragt werden, die diese Männer in ihre Arbeit und in die Beziehung zu Jungen und Mädchen einbringen sollen. Dafür muss sich in der Aus- und Fortbildung gezielt einiges verändern.

Männer können die Perspektive in einem Team ändern.

Es drängt sich die nächste Frage auf: Was brauchen Männer, um ihren Platz in der Kita zu finden? Es gibt eine ganze Reihe guter Gründe, nach Antworten zu suchen. Männer können die Perspektiven in einem Team ändern und haben Interessen und Sichtweisen, die in Kindertagesstätten oft zu wenig berücksichtigt werden. Manche jungen- und männertypischen Interessen und Bedürfnisse kommen im normalen Kita-Alltag zu kurz, weil viele Frauen nur wenig darauf eingehen. Raufen und Toben, sich für Handwerkliches und Technik begeistern, Klettern und körperliche Grenzen austesten: Das alles können Frauen natürlich auch, aber oft liegen ihre Stärken woanders. Manchmal hängen herausfordernde Verhaltensweisen von Jungen damit zusammen, dass diese beweisen wollen, wie „männlich“ sie sind. Doch wissen sie viel zu wenig darüber, wie Männer wirklich sind, nämlich durchaus nicht immer stark, überlegen, erfolgreich und ohne Angst. Um das herauszufinden, brauchen sie mehr Männer in ihrem Alltag, mit denen sie die ganze Bandbreite menschlicher Gefühle und Verhaltensweisen erleben können. Männer, die nicht bloß Stereotype reproduzieren, sondern gemeinsam mit den Kindern und den Kolleginnen in die Interaktion gehen. Aber Kinder orientieren sich nicht nur an Vorbildern des eigenen Geschlechts. Auch Mädchen brauchen Männer. Sie werden selbstbewusster, wenn ihre Väter und andere Männer sie ernst nehmen und unterstützen. Fazit: Einen partnerschaftlichen Umgang, in dem Frauen und Männer einander mit Wertschätzung und Respekt begegnen, können Jungen und Mädchen nur dann erleben, wenn es in ihrem Alltag auch Männer und Frauen gibt. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, dürfen wir in der Fachkräfteoffensive nicht nachlassen. Wir brauchen nach wie vor viele Männer und Frauen für den tollen Beruf des Erziehers oder der Erzieherin. ■


Wer wir sind

www.wusgermany.de

 **World University Service (WUS)** ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitar-


beitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

 WUS unterstützt ausländische Studierende durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen**, durch **Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration**, sowie die

Förderung von Exilstudierenden, Exilwissenschaftlerinnen und wissenschaftlern und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.

Globales Lernen

 Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Stellen zu entwicklungspolitischer Bildung.

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.



Alle haben das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26 (1)



UKV
AUSLANDSKRANKENVERSICHERUNG
Auch fern der Heimat gut versorgt!
Stark für mich.

Für Ihren beruflichen Aufenthalt im Ausland

Wir sind für Sie da, auch wenn Sie weit weg sind:

Im Krankheitsfall

- › Weltweites Netzwerk an Ärzten und Krankenhäusern
- › Persönlicher Rat rund um die Uhr: Auskunft zu medizinischen Fragen durch kompetentes Fachpersonal
- › Kostenübernahmegarantie bei erstattungsfähigen Krankenhausaufenthalten
- › Medizinischer Dolmetscher
- › Organisation von Rücktransport und Krankenbesuchen
- › Kostenfreie 24-h-Service- und Notfall-Hotline

Sonderkonditionen
 Für Mitglieder der GEW

Kröger & Kubek OHG

Telefon +49 8441 805556
 info@k-k.vkb.de · www.k-k.vkb.de

Partner der



„JEDE SCHULE KANN TATORT SEIN“

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Die 5. Anhörung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs nahm die Schule in den Fokus: nicht nur als Schutzraum, sondern auch als Tatort.

Zwölf Jahre ist es her, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder an der Odenwald-Schule und am Canisius-Kolleg Schockwellen durch die Republik sandte. Sollte sich jemand Illusionen gemacht haben, es habe sich um reformpädagogisch oder kirchlich fehlgeleitete Ausnahmen gehandelt, wurde er oder sie bei der Anhörung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs zum Thema Schule am 23. März eines Besseren belehrt: 160 Menschen berichteten der Kommission von sexuellen Übergriffen an staatlichen Schulen. „Im Klassenzimmer, in der Bibliothek, beim Direktor, im Krankenzimmer, in ihrem Zuhause“ seien Schülerinnen oder Schüler missbraucht worden, so die Vorsitzende Brigitte Tilmann. Es gab Fälle, in denen Lehrkräfte über 30 Jahre lang Kinder missbraucht hätten, darunter solche, von denen das Kollegium ganz offenbar wusste. Lars Welling, einst Schüler in Wuppertal, heute Schauspieler, schilderte seinen Missbrauch, der nur einer von fünf in der Jahrgangsstufe gewesen sei. Dort sei der Täter zunächst gebeten worden, „doch bitte nur noch in der Oberstufe zu unterrichten“. Erst Jahre später kam es demnach zu einer Suspendierung, bis heute zu keiner Aufarbeitung. Die Reaktion der Schule bezeichnete er als „niederschmetternd“. Typisch an Wellings Erzählung, das wurde während der ganztägigen Anhörung immer wieder bestätigt: Es sind oft besonders beliebte Pädagogen, die ihre Macht über Schülerinnen und Schüler ausnutzen.



OFT SIND ES DIE BESONDERS
BELIEBTEN PÄDAGOGEN, DIE
IHRE MACHT ÜBER SCHÜLERIN-
NEN UND SCHÜLER AUSNUTZEN.

Die Kommissionsvorsitzende appellierte, sich des Themas vielschichtig zu widmen: „Jede Schule kann Tatort sein. Das muss jedem im Kollegium bewusst sein“, konstatierte Tilmann. Eine zu beobachtende Tendenz, „auf Aufarbeitung zu verzichten und direkt mit der Prävention zu beginnen“, sei nicht hilfreich. Eine Nichtaufarbeitung hätte nicht nur einen „irreparablen Verlust der Integrität der betroffenen Schule“ zur Folge. Die Opfer hätten zudem „ein Recht darauf, dass eine Institution, in der ihre Würde zutiefst verletzt wurde, klärt, welche Strukturen dort wirksam waren“. Zugleich müsse Schule als Schutzraum gestärkt werden, der „Kraft, Anerkennung und Stabilisierung“ bieten könne. Dass nur 13 Prozent der Schulen laut der jüngsten Erhebung von 2018 ein Schutzkonzept hätten, nannte sie „blamabel“.

Auf Aufarbeitung zu verzichten und direkt mit der Prävention zu beginnen, ist nicht hilfreich.

Für die Kultusministerkonferenz (KMK) erklärte Präsidentin Karin Prien (CDU), aktiver Kinderschutz müsse für Lehrkräfte „handlungsleitend“ sein. Dazu sollten sie befähigt werden, Gefährdungen zu erkennen – etwa durch das Fortbildungsmaterial „Was ist los mit Jaron?“, das die KMK jüngst mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs vorgestellt hatte (s. E&W 12/2021). Die damalige Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) lenkte den Blick auf die „ungleichen Machtverhältnisse“ an Schulen. Schülervertreter Nikolai Schmidt aus Rheinland-Pfalz nahm den Ball auf: Es brauche „weniger Machtgefälle, mehr Augenhöhe, neue Bewertungssysteme“. Nein zu sagen gegenüber Menschen, die über die Zukunft entscheiden, sei schwierig. GEW-Vorsitzende Maïke Finne verwies auf das Berufsethos der Bildungsinternationale. Die darin enthaltene „umfassende Anerkennung von Kinder- und Menschenrechten“ sei für alle Mitglieder der GEW bindend. Finne bekannte sich klar zu schulischen Schutzkonzepten; allerdings brauche es für strukturelle Veränderungen immer auch Ressourcen. Für die GEW kündigte sie an, dass sich eine Kommission mit der Frage des Umgangs der Gewerkschaft mit Fällen sexuellen Missbrauchs beschäftigen werde. „Die Kommission ist beschlossen und wird aktuell installiert“, erklärte Finne – und: „Wir stellen uns dem Thema und nehmen uns ihm an.“ ■

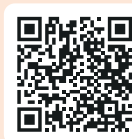
Fortbildungsmaterial: gew.de/ew-5-22

**MATHE
MARATHON
2022**



**Kopf einschalten,
Sneaker schnüren und
Teamplay!**

**Melde deine Klasse beim
Mathe-Marathon an.
Gewinnt gemeinsam
starke Preise.**



Infos und
Anmeldung auf
mathe-marathon.de

Eine Kooperation von

MATHE
im Leben
CASIO



Jetzt spenden!

Es herrscht Krieg mitten in Europa. Millionen Kinder, Frauen und Männer bangen um ihr Leben und ihre Zukunft. Aktion Deutschland Hilft leistet den Menschen Nothilfe. Gemeinsam, schnell und koordiniert. **Helfen Sie jetzt – mit Ihrer Spende.**



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Spenden unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



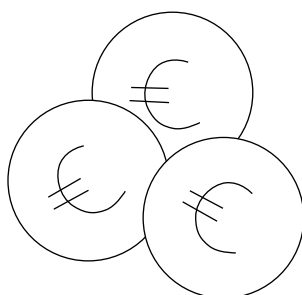
**Aktion
Deutschland Hilft**
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen



INTERNATIONAL SCHOOLS IN DEUTSCHLAND SIND SEIT LANGEM MIT DEM VORWURF KONFRONTIERT, SICH NICHT AN DAS SONDERUNGSVERBOT IM GRUNDGESETZ ZU HALTEN.

Foto: IMAGO/YAY Images

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG UNTER DRUCK



MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Hohe Schulgebühren, zuweilen auch Klagen über Arbeitsbedingungen: International Schools stehen in mehreren Bundesländern auf dem Prüfstand – und das seit Jahren.

Ein Vorgesetzter habe sie als „Sklavin“ bezeichnet. Zum Mittagessen seien ihr und ihren Kolleginnen „Plätze direkt an den Abfalleimern“ zugewiesen worden. „Einschüchterung“ und „Diskriminierung“ herrsche an der Schule. Heftige Vorwürfe formulierte Jullian B., ehemalige Lehrerin der International School of Bremen (ISB),

im Fernsehmagazin „buten un binnen“, ausgestrahlt von Radio Bremen am 3. Februar 2022. Laut Radio Bremen sind derlei Anschuldigungen kein Einzelfall: „Insgesamt zehn ehemalige und aktive ISB-Mitarbeitende, die die Vorwürfe bestätigen, sind buten un binnen bekannt“, meldete das TV-Magazin am 16. März 2022. Die ISB ist als Ersatzschule anerkannt (s. E&W 1/2021) und erhielt 2021 eine staatliche Förderung in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Das Schulgeld liegt bei maximal 1.380 Euro im Monat. Finanzschwache Eltern können eine Ermäßigung beantragen.

Dass sich Lehrkräfte der ISB über Diskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen an der Schule beschwerten, bestätigt Elke Suhr, Landesvorstandssprecherin der GEW Bremen. Lehrkräfte klagten: Wer neu sei, müsse unbeliebte Aufgaben übernehmen. „Es ist nicht transparent, wer was warum machen muss“, urteilt Suhr. Und wer sich wehren wolle, habe oft einen schweren Stand. Denn die 50 bis 60 Lehrkräfte kämen zumeist aus dem Ausland, etwa aus Südafrika, Jamaika und Indien. „Und an den zu Beginn befristeten Arbeitsverträgen hängt die Aufenthaltsgenehmigung. Dadurch entsteht viel Abhängigkeit zur ISB.“

Bremer Rechnungshof hat Zweifel an der Einhaltung des Sonderungsverbots.

Bremens Bildungsministerin Sascha Aulepp (SPD) prüft die Vorwürfe. Sie verweist auf das Bremer Privatschulgesetz. Demnach „muss die rechtliche Stellung der Lehrkräfte an Ersatzschulen hinreichend gesichert sein“, so die Ministerin in einem Zwischenbericht zur Untersuchung mit Datum 15. März. Die ISB habe laut Zwischenbericht einen Fachanwalt beauftragt, eine eigene Untersuchung zu erstellen. Der Anwalt sei zu dem Ergebnis gekommen, die Vorwürfe seien „nicht in prozessual ausreichender Weise konkretisiert“. Er empfehle „die Einbeziehung eines Mediators“ und eine Aufklärung „über das Verfahren zum Beschwerdemanagement“. Die Ministerin kündigte weitere Ermittlungen an. Auf eine E&W-Anfrage antwortete die ISB nicht.

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen (RHB) hatte bereits 2019 zur ISB erklärt, es bestünden „Zweifel an der Einhaltung des Sonderungsverbots“. Der Ersatzschul-Status der Schule sei wegen „verfassungsrechtlicher Zweifel“ zu überprüfen. Die Bürgerschaft – das Bremer Parlament – und die Bildungsministerin reagierten mit der Zusage, dem nachzugehen. Auch diese >>>

Für Lehrer*innen und andere pädagogische Kräfte

Lehrerkalender · Zensurenhefte

Gemeinsames Lernen · Förderpläne

Elterngespräche

Schülerbeobachtungen

Betriebspraktika · Lerntagebuch

Aufgabenhefte · Schreiblernhefte

Für Lehrkräfte und alle anderen pädagogischen Fachkräfte, für Schulen, für Kindertageseinrichtungen und die Erzieherinnen

FL SCHULORGANISATION
& www.schulorganisation.com

und Erzieher zur Eigenorganisation und zur Unterstützung der täglichen Arbeit im Unterricht und in der Gruppe.

Gruppentagebuch · Anwesenheitslisten

Erzieher*innenkalender

Betreuung von Kleinstkindern

Windelheft · Elterngespräche

Kinderbeobachtungen

Aushänge zu Hygiene und Gesundheit

Für Erzieher*innen



BERLIN METROPOLITAN SCHOOL

AN DER BERLIN METROPOLITAN
SCHOOL BETRÄGT DAS SCHULGELD
BIS ZU 1.199 EURO IM MONAT.

Foto: IMAGO/leko

>>> Prüfung dauere an, erklärte Maike Wiedwald, Pressesprecherin der Senatorin, am 28. März. Berlin-Mitte, Linienstraße 122, nahe Oranienburger Straße. Hier sitzt die Berlin Metropolitan School (BMS), laut eigenen Angaben „die größte internationale Schule“ der Hauptstadt. Grundschule und Sekundarstufe I sind als Ersatzschulen anerkannt. Derzeit besuchen 1.112 Kinder und Jugendliche die Einrichtung. Das Schulgeld beträgt bis zu 1.199 Euro im Monat. Familien, die weniger als 30.000 Euro brutto im Jahr verdienen, zahlen 100 Euro im Monat. Der Berliner Senat für Bildung, Jugend und Familie erklärt: „Dass Eltern eine Schulgeldermäßigung beantragen können, reicht nicht für die Einhaltung des Sonderungsverbots aus.“ Geprüft werde die Einhaltung „anlassbezogen oder im Rahmen von Stichproben von der Bewilligungsbehörde“. Wie die Prüfung genau aussieht, dazu machte der Senat keine Angaben. Die BMS kassierte 2021 vom Land Berlin Steuergelder in Höhe von 6,6 Millionen Euro. Außerdem wurden der Schule 245.728 Euro aus dem DigitalPakt Schule bewilligt, weitere 47.396 Euro stehen der Schule aus dem Corona-Sofortausstattungsprogramm zu.

Ein lukratives Geschäft?

Träger der BMS ist die gemeinnützige Berlin Metropolitan School GmbH, geleitet von Silke Friedrich. Einziger Gesellschafter der School GmbH ist laut Bundesanzeiger eine Service GmbH, als deren Co-Geschäftsführer Silke

Friedrichs Ehemann, der IT-Unternehmer und Verleger („Berliner Zeitung“) Holger Friedrich amtiert. Die Service GmbH besitzt nach der Bilanz für 2019 Gebäude und Grundstücke im Wert von 27,6 Millionen Euro – und verdient gutes Geld. 2019 erzielte sie einen Überschuss von 592.438 Euro (Vorjahr: 402.000 Euro). Ist der Betrieb einer International School in Berlin also ein lukratives Geschäft? Die Bildungssenatorin lässt ausrichten: „Hierüber liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.“ Auf eine Anfrage der E&W reagierten Silke und Holger Friedrich nicht.

In Bayern gibt es fünf Schulen, die der Arbeitsgemeinschaft Internationaler Schulen in Deutschland e. V. (AGIS) angehören. Grundschule und Sekundarstufe I dieser fünf Schulen sind jeweils als Ersatzschulen anerkannt. Im Schuljahr 2020/21 erhielten sie zusammen 12,6 Millionen Euro aus der bayerischen Staatskasse. Hinzu kam in den vergangenen Jahren eine „staatliche Förderung von Baumaßnahmen“ in Höhe von 18,9 Millionen Euro. Die staatliche Unterstützung steht unter Druck. Im Oktober 2020 erklärte der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) auf Anfrage der E&W: Er habe gegenüber dem Kultusministerium in München „den Zusammenhang zwischen den Genehmigungsvoraussetzungen von Ersatzschulen und der Höhe der Schulgelder thematisiert“. Im selben Jahr gaben die bayerischen International Schools bei der Potsdamer Juristin und Hochschullehrerin Frauke Brosius-Gersdorf ein Rechtsgutachten in Auftrag. Dessen Ergebnis, wenig überraschend: Die Jahrgangsstufen 1 bis 12 der International Schools seien als Ersatzschulen

anzuerkennen. Dem stehe nicht entgegen, „dass sie grundsätzlich in englischer Sprache unterrichten und überwiegend ausländische Lehrkräfte (...) beschäftigen“. Das Sonderungsverbot werde berücksichtigt, wenn Eltern auf Antrag ein ermäßigtes Schulgeld zahlen könnten. Oder wenn die Höhe des Schulgeldes nach den „Besitzverhältnissen“ gestaffelt werde. Für Empfänger existenzsichernder Sozialleistungen erscheine „ein vollständiger Erlass des Schulgeldes geboten“. Wie beurteilt Bayerns Kultusministerium das Gutachten? Antwort vom 10. März: „Die Grundsatzfrage der schulrechtlichen Organisation sogenannter Internationaler Schulen (...) bedarf nach wie vor der Klärung.“

Nochmal ein Blick nach Bremen: Jullian B. klagt vor dem Arbeitsgericht, die Verhandlung findet am 9. Mai statt. Ein weiterer Prozess einer ehemaligen ISB-Lehrkraft endete im März mit einem Vergleich – laut Medienbericht zahlt die ISB 6.000 Euro an die Lehrerin. ■

Frauke Brosius-Gersdorf: Internationale Schulen in Bayern. Schulstatus sowie Konsequenzen für die Genehmigung und Finanzhilfe, Berlin 2021

Rechtlich umstritten

In International Schools wird auf Englisch unterrichtet. Sie führen nicht zu deutschen Abschlüssen, sondern zum International Baccalaureate (IB), das in vielen Ländern zum Hochschulstudium berechtigt. Ursprünglich lernten hier vor allem Kinder, die nicht der Schulpflicht unterliegen, weil ihre Familien nur vorübergehend in Deutschland leben. Ein Bildungsangebot also für den Nachwuchs von Diplomatinen und Diplomaten oder Managerinnen und Managern. Inzwischen werden diese Schulen auch von vielen dauerhaft in Deutschland lebenden Mädchen und Jungen besucht. Was rechtlich umstritten ist. Gilt eine Privatschule als Ersatzschule (sie ersetzt öffentliche Schulen), kommt sie in den Genuss staatlicher Schulfördermittel. Dazu muss die Privatschule Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes erfüllen. Demnach ist das Schulgeld so zu gestalten, dass es auch von finanzschwachen Eltern gezahlt werden kann (Sonderungsverbot). Eine Genehmigung als Ersatzschule ist laut Grundgesetz zu versagen, „wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist“. 23 Schulen sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Internationaler Schulen in Deutschland e. V. (AGIS). MHL

didacta
die Bildungsmesse

7.–11. Juni 2022

Live vor Ort in Köln und digital

Erleben Sie auf Europas größter Bildungsmesse, welche neuen Impulse Digitalisierung setzt und wie sie konkret in zeitgemäße Bildungsangebote integriert wird. Nutzen Sie die Chance zum Austausch mit Expert:innen und Kolleg:innen – live vor Ort in Köln.

- Frühe Bildung
- Schule
- Berufliche Bildung/
myQ-Qualifizierung

JETZT
TICKETS ONLINE
KAUFEN!

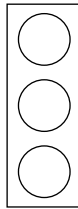
www.didacta-messe.de



BILDUNGS- AUSTAUSCH

 koelnmesse

„EINE ECHTE PERSPEKTIVE“



KLAUS HEIMANN
freier Journalist

*Die GEW setzt sich für eine Ausbildungs-
garantie für junge Menschen nach öster-
reichischem Muster ein. Jetzt gibt es
mit der rot-grün-gelben Regierung eine
Umsetzungschance. Wie aber funktio-
niert das Konzept im Nachbarland?*

Für viele Bildungspolitikerinnen und -politiker war es eine deftige Überraschung, dass die Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Koalitionäre steht. Die SPD-Bildungspolitikerin Yasmin Fahimi bezeichnete den Schritt allerdings als folgerichtig. „Zu viele junge Menschen finden in Deutschland nach ihrem Schulabschluss immer noch keinen Ausbildungsplatz. In 25 Prozent der Arbeitsamtsbezirke ist das Ausbildungsplatzangebot niedriger als 90 Prozent. Diese weißen Flecken müssen wir mit einem Ausbau des Angebots endlich füllen“, erläutert die Bundestagsabgeordnete und Gewerkschafterin, die gerade auf dem Sprung ist, DGB-Vorsitzende zu werden,

gegenüber E&W. Und weiter: „Wir wollen der jungen Generation ein umfassendes Ausbildungsversprechen geben: die Ausbildungsgarantie! Dafür müssen wir betriebliche Ausbildungsplatzangebote ausbauen, Verbundausbildung weiter fördern. Und im Zweifel eben auch außerbetriebliche Angebote schaffen.“

**Die Übergangsquote von der außerbetrieblichen
in die betriebliche Ausbildung ist hoch.**

Und so sieht die Praxis in der Alpenrepublik aus: Die Ausbildungsgarantie, als Antwort auf Jugendarbeitslosigkeit, gibt es seit 2008 für Menschen, die jünger als 18 Jahre sind. Seit 2017 gilt sie bis zum 25. Lebensjahr. Martin Kocher, Arbeitsminister in Österreich, erläuterte die Vorteile jüngst in einer gemeinsamen Videokonferenz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Die Garantie stärke die betriebliche Ausbildung, trage dazu bei, den Fachkräftebedarf zu sichern und ermögliche Jugendlichen mit einem schlechteren Schulabschluss den Zugang in die berufliche Bildung. 8 Prozent der Jugendlichen in einem Jahrgang (13.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr) nutzen Kochers Angaben zufolge das Instrument. Die Ausbildung, organisiert vom Arbeitsmarktservice, vergleichbar mit der deutschen Agentur für Arbeit, starte



Foto: IMAGO/CHROMORANGE

zwar oft außerbetrieblich, viele wechselten dann aber schnell in eine betriebliche Lehre, berichtete Kocher. Und tatsächlich ist die Übergangsquote durch die feste Einbindung der Kooperationsbetriebe mit 42 Prozent im ersten Jahr ausgesprochen hoch. Im Angebot sind zwei überbetriebliche Varianten der Lehrausbildung. Diese unterscheiden sich nur im Grad der Einbindung der Betriebe: Entweder bieten die Unternehmen einen Praktikumsplatz an oder sie sind fester Kooperationspartner, der den Beruf aussucht und dann nach einer Einstiegsphase junge Menschen einstellt. Startpunkt ist immer ein mindestens zehnwöchiger Vorbereitungskurs, der mit dem Abschluss des Ausbildungsvertrags mit dem Träger endet. Die individuelle sozialpädagogische Begleitung ist Standard. Der Wechsel in einen Betrieb ist jederzeit möglich. Klappt er nicht,

lernen die Jugendlichen außerbetrieblich bei einem Träger weiter.

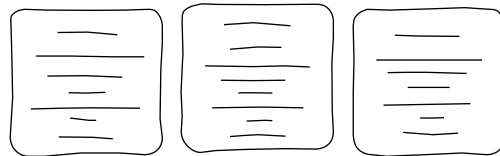
Die Garantie untergräbt nicht das Engagement der Betriebe. Die Jugendlichen müssen nachweisen, dass sie sich mehrfach erfolglos beworben haben, bevor sie den Vorbereitungskurs antreten können. Und die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsmarktservices und des Trägers laufen weiter, auch während der Zeit in der außerbetrieblichen Ausbildung. Allerdings wird unterschiedlich bezahlt: Beim Träger gibt es weniger Geld als in der betrieblichen Variante.

Für IAB-Chef Bernd Fitzenberger ist die Ausbildungsgarantie eine starke Ansage an die Schulabgängerinnen und -abgänger: „Egal, wer ihr seid, woher ihr kommt, der Ausbildungsmarkt gibt euch eine echte Perspektive.“ ■



Foto: John Morrison / Alamy Stock Foto

VOM ZEIT- ZUM ZWEITZEUGEN



CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Es wird nicht mehr lange dauern, bis die letzten Überlebenden des Holocaust verstorben sind. Ihr Tod wird die Erinnerungsarbeit nachhaltig verändern.

Mitte März starb Leon „Henry“ Schwarzbaum im Alter von 101 Jahren in Potsdam. Der ehemalige KZ-Häftling in Sachsenhausen und Auschwitz hatte bis wenige

Jahre vor seinem Tod in Schulen und Ausbildungsbetrieben über sein Schicksal berichtet und hätte im laufenden Prozess gegen einen mutmaßlichen ehemaligen SS-Wachmann befragt werden sollen. Auch weil das nun nicht mehr möglich sein wird, wurde in den Medien die Frage aufgeworfen, wie das Gedenken an die NS-Zeit überhaupt noch wachgehalten werden könne, wenn in absehbarer Zeit auch die letzten Zeitzeugen gestorben sein werden.

Genau diese Frage stellen sich Historiker und die Verantwortlichen in den Gedenkstätten schon seit längerem. Und sie haben im Wesentlichen zwei Antworten darauf gefunden. Zum einen die Entwicklung neuartiger Formen der Erinnerungskultur. Zum



Foto: MAGO/NurPhoto

anderen einen Weg, wie die persönlichen Erlebnisse der Holocaust-Überlebenden eben doch möglichst unmittelbar erhalten bleiben könnten. Warum genau das wichtig ist, liegt auf der Hand: „Sie stehen mit ihrer Leidensgeschichte stellvertretend für das millionenfache Leid der ermordeten Opfer, die nicht mehr berichten können“, sagt der Frankfurter Erziehungswissenschaftler Wolfgang Meseth in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung. Dass es gravierende Folgen hat, wenn die einzigen Menschen, die unmittelbar und authentisch berichten können, genau das aus biologischen Gründen nicht mehr tun können, versteht sich da von selbst.

Gespräche mit Holocaust-Überlebenden werden filmisch festgehalten.

„Zeitzeugen werden nicht mehr lange sprechen können“, heißt es auf der Homepage des Vereins „Heimatsucher“. Dessen Mitglieder verstehen sich folgerichtig als „Zeitzeugen“, also als Menschen, die die Erzählungen der Holocaust-Opfer über die Generationen weitertragen. Jeder, der einem Zeitzeugen zuhört, werde selbst zu einem, ist auf der Vereins-Website zu lesen. Die „Heimatsucher“ haben im Winter in Dortmund erstmals eine Freiluft-Ausstellung organisiert, für 2023 ist die erste Indoor-Ausstellung geplant.

Ohne den Begriff der „Zweitzeugin“ selbst zu verwenden, arbeiten auch Menschen wie Claire Désenfant, aktiv bei „Omas gegen Rechts Freiburg“, als solche. Vor Schulklassen berichtet sie über das Schicksal ihres Vaters, der als Angehöriger der französischen „Résistance“ im Gestapo-Gefängnis in Lille gefoltert wurde. „Offenbar wirkt eine biografische Geschichte direkter als andere Arten der Wissensvermittlung“, berichtet sie. Auch in den Gedenkstätten hat man sich in den vergangenen Jahren darauf eingestellt, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis die letzten verbliebenen Zeitzeugen verstorben sein werden. Leszek Szuster, der die internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim leitet, befürchtet, „dass beim 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz wahrscheinlich niemand mehr unter uns sein wird, der das alles miterlebt hat“. Das sei menschlich und inhaltlich ein Verlust, schließlich seien vor allem für jugendliche Besucherinnen und Besucher die Gespräche mit den Zeitzeugen immer der ergreifendste, intensivste Moment einer Gedenkstättenführung gewesen. Um die individuellen Schicksale möglichst lange in Erinnerung zu behalten, ist man in Oświęcim wie auch in einigen anderen Gedenkstätten schon vor Jahren dazu übergegangen, Gespräche mit Zeitzeugen filmisch festzuhalten.

Der technologische Fortschritt ist derweil auch in der Erinnerungsarbeit nicht folgenlos geblieben. Bereits 2017 >>>



Foto: John Morrison/Alamy Stock Foto



Foto: iMAGO/NurPhoto

>>> ließ sich die Auschwitz-Überlebende Eva Schloss, eine Stiefschwester von Anne Frank, für die „Shoah Foundation“ von Regisseur Steven Spielberg aus 116 Kameraperspektiven filmen. Entstanden ist dabei ein „interaktives Hologramm“, eine dreidimensionale Projektion, die dem Gegenüber den Eindruck vermitteln soll, sich mit der echten Eva Schloss zu unterhalten. „In 100 Jahren wird das normal sein und nicht als unnatürlich empfunden werden“, zeigt sich eine der Projektleiterinnen im Film „116 Cameras“ überzeugt. So lange muss man vielleicht gar nicht warten: Der WDR stellte bereits im vergangenen Jahr eine kostenlose App („WDR AR 1933–1945“) zur Verfügung, die auf ebendiesem Prinzip der „augmented reality“ beruht und bereits verstorbene Zeitzeugen und deren Erinnerungen auf Handys und Tablets bringt (s. E&W 11/2019).

3-D-Avatare sind nur bedingt geeignet.

Johannes Lauer hat jedoch eine differenzierte Sicht auf diese 3-D-Avatare. Dass diese besonders jüngere Menschen faszinieren, merkt der wissenschaftliche Mitarbeiter der Gedenkstätte Flossenbürg, der die Ausstellung „Ende der Zeitzeugenschaft“ mitkonzipiert hat, bei Führungen mit Schulklassen. „Eine Zielgruppe, die nicht so wahnsinnig gerne liest, findet das cool.“ Insofern bietet die Technik die Chance, junge Menschen zu sensibilisie-

ren, die ansonsten nicht zu erreichen wären. Man müsse allerdings um die Tücken der Technik wissen, die zudem im Alltagsbetrieb zu kostspielig sei, als dass Einrichtungen wie seine sie dauerhaft nutzen könnten. „Wenn der Avatar die falsche Antwort auf eine Frage gibt, kippt das Ganze sofort ins Lächerliche.“ Spontane Nachfragen, wie sie zu echten angeregten Gesprächen gehören, seien zudem bei „Gesprächen“ mit den Avataren nicht möglich, da das damals noch lebende Vorbild sie ja zu Lebzeiten nicht einsprechen konnte. Längst arbeitet man auch in Flossenbürg mit technisch aufbereiteten Zeitzeugen-Berichten. So ertönen bei der Dauerausstellung aus pilzförmigen Audio-Säulen heraus die Stimmen von Zeitzeugen wie den Einwohnern des Ortes Flossenbürg, die kurz nach der Befreiung des KZ 1945 über das Grauen direkt vor ihren Augen befragt wurden.

Oft, weiß Lauer, seien es jedoch die hochbetagten Zeitzeugen selbst, die in ihren letzten Lebensjahren darauf drängen, dass ihre Erlebnisse in einer Form konserviert werden, die auch für künftige Generationen von Nutzen sein können. „Das sind ja häufig Menschen, die bis ins sehr hohe Alter zweimal die Woche in Schulen waren, um zu berichten. Die haben ein tiefes Bedürfnis, dass es weitergeht“, sagt Lauer. „Und wer wollte ihnen das absprechen?“ ■

Infos zur App „WDR AR 1933–1945“: gew.de/ew-5-22



Foto: IMAGO/Imagetroler

KEIN RICHTIG ODER FALSCH

JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung & Wissenschaft“

Biografische Bezüge zur Shoah schwinden, je mehr Zeit seit 1945 vergeht. Gleichzeitig steigt die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die meist keinen familiären Bezug zur NS-Zeit haben. Was bedeutet das für die Erinnerungsarbeit?

Eine Studie der Körber-Stiftung ging 2017 der Frage nach, wie weit die Shoah im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung in Deutschland verankert ist. 10 Prozent der Befragten wussten demnach nicht, dass Auschwitz-Bir-

kenau ein Vernichtungslager war. Bei den Menschen, die jünger als 30 Jahre sind, waren es sogar 20 Prozent. 2021 kam die MEMO-Studie (Multidimensionaler Erinnerungsmotor) der Universität Bielefeld zu einem ähnlichen Ergebnis. Zwar gaben 85 Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer an, von der Judenverfolgung in der NS-Zeit zu wissen, 15 Prozent konnten oder wollten allerdings auch auf Nachfrage nichts dazu sagen. In vielen Familien werde mittlerweile nur noch selten oder gar nicht mehr über die NS-Zeit gesprochen, lautet das Fazit von Jonas Rees vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, der an der Studie mitgearbeitet hat. In zugewanderten Familien gebe es auch nichts zu bereden, weil der biografische Zugang fehle. Die Frage sei daher, wie Erinnerung über die ritualisierte Erinnerung an Gedenktagen hinaus persönlich relevant werden könne. Elke Gryglewski, langjährige Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, führt die





Foto: John Morrison/Alamy Stock Foto



>>> Erinnerungslücken in den zugewanderten Familien unter anderem auf Fehler im Geschichtsunterricht zurück. Lange sei die NS-Zeit in der Schule und in der Erinnerungskultur ausschließlich unter dem Aspekt betrachtet worden, welche Bedeutung die Ereignisse für deutsche Familien haben. Für Migrantinnen und Migranten sei die NS-Geschichte zwar durchaus präsent, gerade in arabischen Familien werde sie jedoch durch eigene Diskriminierungserfahrungen überlagert, meint Gryglewski, die seit dem vergangenen Jahr Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten ist.

Eine homogene Erinnerungskultur gibt es heute nicht mehr.

Ähnlich sieht das der Direktor des Jüdischen Museums im österreichischen Hohenems, Hanno Loewy. „Man kann in der Schule wie in der pädagogischen Arbeit in den Gedenkstätten schon lange nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen, dass man es mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, deren Urgroß- oder Großeltern während der NS-Zeit Täter, Mitläufer oder im Widerstand waren.“ Migranten seien ein Teil der Gesellschaft, so Loewy gegenüber E&W. „Das bedeutet auch, sie müssen Verantwortung für die Geschichte dieses Landes übernehmen, zu der die NS-Zeit und die Shoah nun mal gehören.“

Als Folge der Arbeitsmigration und der Fluchtbewegungen der vergangenen Jahrzehnte könne man heute nicht mehr von einer homogenen Erinnerungskultur sprechen, so Loewy weiter. Vom pädagogischen Standpunkt aus betrachtet sei es daher wichtig, andere Perspektiven und Erfahrungen nicht zu delegitimieren. „Aus arabischer Perspektive ist Israel Teil der europäischen Kolonialgeschichte.“ Als Lehrkraft müsse man selbstverständlich Aussagen wie „Die Juden machen mit den Palästinensern heute das, was früher die Deutschen mit den Juden gemacht haben“ widersprechen. Eine Denunziation solcher Äußerungen als antisemitisch sei jedoch pädagogisch nicht sinnvoll. „Damit reproduziert man nur Herrschaft und Ausgrenzung, die es doch zu überwinden gilt, wenn man den auch in muslimischen Kreisen vorhandenen Antisemitismus gemeinsam aufarbeiten will.“ Wie aber könnte eine solche heterogene Erinnerungskultur konkret aussehen? Gryglewski schlug bereits 2009 zwei Konzepte vor. Zum einen könne man im Unterricht Schülerinnen und Schüler mit der Frage konfrontieren, wie sie selbst sich damals verhalten hätten, wenn ihre Nachbarn deportiert oder wenn sie von Verbrechen erfahren hätten. Ein anderes Konzept könne darin bestehen, in den Gedenkstätten ganz gezielt Dokumente zugänglich zu machen, die eine Verbindung zu den Herkunftsländern der Jugendlichen herstellen, etwa zum Schicksal türkischer Juden im Nationalsozialismus oder zu arabischen NS-Helfern.



IN DER HOLOCAUST-GEDENKSTÄTTE IM ISRAELISCHEN YAD VASHEM WIRD IN DER HALLE DER NAMEN AN DIE ERMORDETEN SECHS MILLIONEN JÜDINNEN UND JUDEN ERINNERT.

Die Politikwissenschaftlerin Saba-Nur Cheema wiederum betont, dass es in der pädagogischen Arbeit mit migrantisches Kindern und Jugendlichen wichtig sei, neben der Shoah auch andere Geschichten zu thematisieren. Die Expertin für politische Bildung der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main nennt gegenüber der E&W unter anderem den Nahost-Konflikt, den Völkermord an den Armeniern, aber auch die Kriegsverbrechen in Vietnam, Afghanistan oder anderen Herkunftsländern der Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland leben.

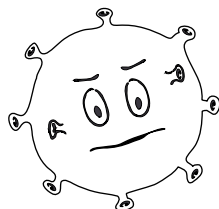
An unterschiedliche Verbrechen muss auch unterschiedlich erinnert werden.

Die deutsche Kolonialgeschichte sowie andere Verbrechen und deren Auswirkungen dürften zwar nicht aus dem Blick geraten, gibt Loewy zu bedenken. Weder lasse sich aber die Shoah mit der deutschen Kolonialgeschichte erklären noch könne man andere Genozide auf eine Stufe mit der Vernichtung des europäischen Judentums stellen. Sicherlich sei ein Teil der Menschen, die in die Kolonialverbrechen involviert gewesen seien, später als NS-Täter hervorgetreten, und der Völkermord an den Armeniern habe manchen Nazis als Blaupause für die eigenen Verbrechen gedient. Im Unterricht müsse an unterschiedliche Verbrechen jedoch auch unterschiedlich erinnert werden.

Loewy ist dennoch davon überzeugt, dass sich gemeinsame Bezugspunkte zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Einwanderungsgeschichte finden lassen. Man müsse in der Erinnerungspädagogik mehr regional-spezifische Aspekte aufgreifen, beispielsweise Biografien von Opfern und Tätern aus der Region behandeln oder lokale Orte identifizieren, an denen es NS-Verbrechen – oder auch Widerstand gegen das NS-System – gab. Die Schule sei dafür aber ein schwieriger Ort, betont Loewy. Hier müssten einerseits Lehrkräfte ihre Autorität aufrechterhalten und andererseits gerade Schülerinnen und Schüler in der Pubertät gegen diese Autorität angehen. „In einer Unterrichtsstunde, in der es auch um Leistungsüberprüfung mittels Noten geht, lässt sich nicht auf Augenhöhe diskutieren. Schule muss rausgehen und sich in Räume begeben, in denen zumindest die Fiktion von Gleichheit – und sei es eine gemeinsame Unsicherheit – besteht.“ Dafür, so Loewy, seien nicht nur die Einrichtungen der Gedenkstätten geeignet, sondern auch jüdische Museen oder Museen, in denen man etwas über die regionale bzw. lokale Geschichte erfahren könne. „Museen sind offene Räume, weil sie die Neugier der Menschen wecken und es ermöglichen können, sich Themen aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Vor allem sind Museen Orte, in denen man nicht bewertet wird und in denen es nicht per se Richtig oder Falsch gibt.“ ■

Weiterführende Links unter gew.de/ew-5-22

HOCHSCHULEN AM LIMIT



VERENA KERN
freie Journalistin

Die Corona-Pandemie hat an den Hochschulen tiefe Spuren hinterlassen, wie eine aktuelle Studie der GEW zeigt.

Erschwerte Arbeitsbedingungen, wegbrechende Sozialkontakte, Stress, Geldnöte, unsichere Zukunftsaussichten: Die Corona-Pandemie hat Studierenden, Lehrenden und Forschenden sehr viel abverlangt. Das gerade gestartete Sommersemester 2022 findet nun weitgehend wieder in Präsenz statt. Kehrt damit an den Hochschulen die Normalität zurück?

Ganz so einfach ist es nicht. Denn die vier pandemischen Semester haben tiefe Spuren hinterlassen, die nicht einfach über Nacht verschwinden werden. Die Hochschulen schleppen quasi einen schweren Rucksack an Krisenerfahrungen und Belastungsfolgen mit sich, den sie ohne aktive Unterstützung durch die Politik kaum bewältigen können. „Nach vier Corona-Semestern“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, „sind alle am Limit.“

Was das bedeutet, zeigt nun eine aktuelle Studie, die die Max-Traeger-Stiftung der GEW gefördert hat. Die Sozialwissenschaftlerin Hanna Haag und ihr Kollege Daniel Kubiak führten dafür Gruppendiskussionen und

Einzelinterviews mit Studierenden und Lehrenden. Anders als bisherige Untersuchungen, die sich nur auf den Corona-Beginn oder jeweils ein Semester konzentrierten, gab es drei Befragungsrunden zwischen Frühjahr 2020 und Herbst 2021. Die Studie „Hochschule in krisenhaften Zeiten“ schließt damit eine Lücke und liefert einen umfassenden Überblick – mit sehr relevanten Erkenntnissen.

Die Studierenden wurden mit jedem Semester unzufriedener und erschöpfter.

Wichtigstes Ergebnis: Je länger die Hochschulen im Corona-Modus waren, desto tiefgreifender waren die Folgen und desto mehr traten Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen hervor. Etwa bei der Digitalisierung der Lehre. Aus Sicht der Hochschulverwaltung lief es relativ gut. Die Lehrenden arrangierten sich und lobten die nun mögliche Zeitersparnis. Die Studierenden hingegen wurden mit jedem Semester unzufriedener und erschöpfter. Viele hatten das Gefühl, von der Politik und auch von ihren Hochschulen alleingelassen zu werden. Die Studie spricht von einer „Abwärtsspirale“. Bereits bestehende Missstände und Strukturprobleme wurden durch Corona verstärkt. Etwa die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Studium; die fehlenden langfristigen Strategien beim Einsatz digitaler Medien; der geringe Stellenwert der Lehre an den Universitäten; der Leistungsdruck insbesondere auf den akademischen Mittelbau, der sich mit Zeitverträgen

JE LÄNGER DIE HOCHSCHULEN IM CORONA-MODUS WAREN, DESTO TIEFGREIFENDER DIE FOLGEN VOR ALLEM FÜR DIE STUDIERENDEN.

Außer Betrieb

Eigentum
des Hauptkammer
Tel.: 04787

durchschlagen muss; unsichere Karrierewege, vor allem für Frauen; oder auch die teils massiven finanziellen Probleme der Studierenden. „Die Studie“, sagt Keller, „zeigt eindrucksvoll, wie Corona die prekäre Lage verschärft, mit der Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon vor der Pandemie zu kämpfen hatten.“ Ein Gegensteuern wäre nötig und auch möglich. Die Studie nennt ein ganzes Bündel Handlungsempfehlungen. Diese reichen von der stärkeren Berücksichtigung individueller Bedürfnisse – etwa wenn es um die Frage geht, wie Präsenzarbeit und Homeoffice künftig ausgestaltet werden sollen – bis hin zu der Forderung nach

einem schlüssigen und durchdachten Konzept, wie und wo man digitale Tools sinnvoll einsetzt. Wichtig wäre auch eine bessere Perspektive für Studierende und Mittelbau. „Die Bundesregierung“, fordert Keller, „muss jetzt eine beherzte Reform des BAföG und des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes anpacken, die sicherstellt, dass Verträge und Förderungen in Krisenzeiten unbürokratisch verlängert werden können und müssen.“ ■

Studie „Hochschule in krisenhaften Zeiten – Eine qualitativ-explorative Längsschnittstudie zum Erleben der Pandemie von Lehrenden, Forschenden und Studierenden“: gew.de/ew-5-22

■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**
■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

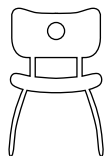
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de
Exklusivzins
sehr gut

MASTERPLAN FÜR BILDUNG NÖTIG



PROF. CHRISTOPH BUTTERWEGGE
Politikwissenschaftler

Anfang April wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie weitgehend beendet. Der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge zieht in seinem neuen Buch „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“, das am 18. Mai im Verlag Beltz Juventa erscheinen wird, ein erstes Fazit aus zwei Jahren Pandemie. E&W veröffentlicht nachfolgend vorab einen redaktionell bearbeiteten Auszug aus dem Kapitel „Konsequenzen für das deutsche Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitswesen“.

Selten wurde die im Gefolge der neoliberalen Hegemonie, das heißt der öffentlichen Meinungsführerschaft des Marktradikalismus seit der Jahrtausendwende, durch Begriffe wie „Eigenverantwortung“, „Selbstvorsorge“ und „Privatinitiative“ abgelöste Solidarität ähnlich häufig

beschworen wie in der pandemischen Ausnahmesituation. Zwar gab es während der Pandemie auch Ansätze einer Repolitisierung von Solidarität, diese hielten sich jedoch in Grenzen. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Religionsgemeinschaften erhoben zwar ihre Stimme, wenn es um die finanzielle Besserstellung von Transferleistungsbezieher(inne)n oder die fehlende staatliche Unterstützung für Wohnungs- und Obdachlose ging, ihre Rufe verhallten jedoch weitgehend ungehört.

**Einkommen und Vermögen
müssen gerechter verteilt werden.**

Will man bestehende Ungleichheiten verringern, müssen die Einkommen und Vermögen, aber auch die Bildungschancen und die sozialen Leistungen des Staates gerechter unter den Gesellschaftsmitgliedern verteilt werden. Damit alle Menschen die gleichen Bildungschancen erhalten, müssen soziale Ungleichheiten möglichst schon in den Kindertagesstätten und Schulen – so gut es geht – ausgeglichen werden. Dazu bedarf es einer Schulstruktureform, einer besseren Ausstattung dieser Bildungseinrichtungen, kleinerer Gruppen/Klassen mit hervorragend ausgebildeten Lehr- bzw. Fachkräften und einer regelmäßigen Fortbildung des Personals. Auch die Einstellung von mehr Schulsozialarbeiter(inne)n und -psycholog(inn)en könnte die soziale Benachteiligung der

Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern durch einen flächen-deckenden Ausbau der individuellen Förderung, Beratung und Betreuung verringern.

Als sich die Covid-19-Pandemie in Deutschland ausbreitete, haben sich die Bildungseinrichtungen des Landes als „systemrelevant“ und im Kern als funktionstüchtig erwiesen. Sie brauchen neben einer besseren Sach- und Personalausstattung aber mehr Raum für soziales Lernen und demokratische Partizipation. Denn die Corona-Krise hat auch weniger Bildungsbeflissenen und Kinderlosen bewusst gemacht, dass Schulen nicht bloß Institutionen der Wissensvermittlung, sondern auch wichtige Lebensräume, Begegnungsorte und Kontaktbörsen junger Menschen jenseits des Unterrichtsalltags sind.

Zeiten der Schulschließung haben ein „verengtes Bildungsverständnis“ gefördert.

Kritische Erziehungswissenschaftler(innen) befürchten eine „Bildungskatastrophe“, wenn den entstandenen Lernrückständen nicht mit aller Macht begegnet wird. Die pandemische Notsituation, von der Schulen (und Hochschulen) wie kaum eine andere Institution durch Schließzeiten betroffen waren, hätten ein „verengtes Bildungsverständnis“ begünstigt, moniert der Augsburger Schulpädagoge Klaus Zierer. Er fordert die Entrümpelung der Lehrpläne, damit Kinder und Jugendliche nicht bloß etwas lernen, sondern sich auch bilden können; die Gründung eines Bildungsrates, der mit Pädagog(inn)en besetzt ist, damit die jungen Menschen „Anwälte der Bildung“ erhalten; die Erhöhung der Investitionen in Hygienemaßnahmen an Schulen, damit Präsenzunterricht stattfinden kann; eine Digitalisierung der Schule mit Augenmaß, damit diese nicht zum „digitalen Mediengrab“ verkommt, sowie einen Masterplan für Bildung („Bildungsagenda 2050“), der mit einer wirksamen Schulentwicklung vor Ort verbunden sein muss, damit Kinder und Jugendliche die Schule als Lebensraum erfahren können.

Neben der Bildungs- und Schulpolitik ist die Kinder- und Jugendpolitik gefordert, auch langfristige Krisenfolgen stärker abzufedern und vulnerablen Gruppen wie Minderjährigen sowie deren Familien (trotz klammer öffentlicher Kassen und massiver Verteilungskämpfe) mehr unterstützende und ausgleichende Angebote zu machen. Andernfalls hat die in vielerlei Hinsicht zerrissene junge Generation ebenso wenig eine rosige Zukunft wie die auseinanderdriftende Gesellschaft, in der sie lebt. Nur wenn es gelingt, die den Familien, Kindern und Jugendlichen von der tiefen Pandemiekrise geschlagenen Wunden zu heilen und vereint mehr sozioökonomische Gleichheit zu schaffen, kann das Land hoffen, seine enorme Wirtschaftskraft und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung auf Dauer zu erhalten. ■

IN DER COVID-19-PANDEMIE HABEN SICH DIE BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN DEUTSCHLAND IM KERN ALS FUNKTIONSTÜCHTIG ERWIESEN. JETZT BRAUCHEN SIE MEHR PERSONELLE UND FINANZIELLE RESSOURCEN.

Foto: IMAGO/Michael Weber

DER TRAUM VOM BESSEREN LEBEN



NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Das iranische Drama „Sun Children“ erzählt die Geschichte von vier Jungen, die auf den Straßen Teherans um ihre Existenz kämpfen. Dabei spielt eine Schule eine besondere Rolle.

Rund 152 Millionen Kinder weltweit müssen arbeiten – und das unter oft gefährlichen Bedingungen. Diesen Mädchen und Jungen sei „Sun Children“ gewidmet, heißt es im Vorspann des Films des Iraners Majid Majidi. Dennoch betont der Regisseur und Drehbuchautor: „Ich wollte keine ernsthafte Polemik über Kinderarbeit machen. Ich wollte einen unterhaltsamen, energiegeladenen, fröhlichen Film voller Abenteuer und Mut drehen, der zeigt, wie fähig, einfallsreich und widerstandsfähig diese Kinder wirklich sind.“

Eine Erzählung über Chancenungleichheit, familiäre Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, aber auch über die Freundschaft

Das fasst „Sun Children“ ziemlich gut zusammen: Der zwölfjährige Ali und seine Freunde schlagen sich auf den Straßen Teherans durch. Sie stapeln Reifen in einer Werkstatt und klauen auf Bestellung die Räder westlicher Limousinen. Dann gibt es plötz-



lich einen attraktiven Job: Ein Kleinganove beauftragt Ali, einen mysteriösen Goldschatz auf einem Friedhof zu heben. Dorthin gelangt man indes nur über das Tunnel-system der benachbarten Schule.

Und so melden sich die vier Jungs in der „Sun School“ an, in der Straßenkinder unterrichtet werden und sich Schulleiter Rafie mit großem Herzen für diese einsetzt. Dort antworten Schüler auf die Frage, was ihr Vater beruflich mache, zwar mit „Er nimmt Drogen.“ Oder: „Er ist im Gefängnis.“ Dennoch gelingt es dem Lehrer immer

wieder, Kinder zur Begabtenförderung zu schicken.

„Sun Children“ ist kein pessimistischer Film, auch wenn sich viele Szenen im düsteren Keller der Schule abspielen, wo die Gang heimlich buddelt und von einem Waschsalon, einem Internetcafe und einem Falafel-Imbiss träumt. Zudem erzählt Majidi nicht nur von Chancenungleichheit, familiärer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, sondern feiert auch die Freundschaft der Schüler.

Viele Bilder und Metaphern sind dabei sehr offensichtlich – etwa der Weg zum Schatz, der über die Schule sprich Bildung führt, oder die Kinder, die sich ihren Weg durch den Tunnel graben und einen Fluchtweg suchen. Dennoch wirkt dies nie zu aufgedrückt.

Dass „Sun Children“ eine intensive Geschichte erzählt, liegt vor allem an den grandiosen Laiendarstellern, die natürlich und eindrücklich durch den Film führen und ihm einen realistischen Anstrich geben. Hauptdarsteller Rouhollah Zamani wurde bereits bei den Filmfestspielen von Venedig 2020, wo das Drama Premiere feierte, mit dem Marcello Mastroianni Award für den besten jungen Schauspieler geehrt.

Kinostart: 5. Mai 2022 ■

Unterrichtsmaterial zum Film unter: gew.de/ew-5-22



DER ZWÖLFJÄHRIGE ALI (ROUHOLLAH ZAMANI, RE.) UND SEINE DREI FREUNDE ABOLFAZL (ABOLFAZL SHIRZAD), REZA (MANI GHAFOURI) UND MAMAD (MAHDI MOUSAVI, V. LI. N. RE.) SCHLAGEN SICH AUF DEN STRASSEN TEHERANS DURCH.

Über den Regisseur

Der 1959 geborene Majid Majidi zählt zu den bekanntesten Filmemachern des Iran. Thema in den meisten seiner Filme, für die er bereits zahlreiche Preise erhalten hat, ist die Gesellschaft seines Landes. Wie die Protagonisten in seinem aktuellen Film wuchs Majidi in ärmlichen Verhältnissen auf und kam über eine gemeinnützige Organisation zur Förderung von Kindern und Jugendlichen zum Theaterspielen. Später studierte er am Institut für dramatische Künste in Teheran. Sein erster Spielfilm „Baduk“ (1992) wurde bei den Internationalen Filmfestspielen von Cannes gezeigt. „Kinder des Himmels“ (1997) war für den Oscar als bester fremdsprachiger Film nominiert, „Regen“ (2001) für den Europäischen Filmpreis in der Kategorie bester nicht-europäischer Film. 2008 war Majidi mit „Das Lied der Sperlinge“ im Wettbewerb der Berlinale vertreten, Hauptdarsteller Reza Naji bekam einen silbernen Bären als bester Darsteller.

N.E.

STRASSENTHEATER DES LEBENS

MARTINA HAHN
freie Journalistin

Ein Projekt gegen Kinderarbeit umzusetzen, dauert mitunter Jahre. Doch manchmal zeigen sich die Erfolge der GEW-Stiftung fair childhood ganz schnell. Etwa bei deren Partner im ostafrikanischen Burundi.

Es ist das erste Theaterstück ihres Lebens – und vielleicht sogar das wichtigste. Zuvor im Unterricht eingeübt, spielen die Schülerinnen und Schüler auf den Straßen ihrer Dörfer nach, was für viele Gleichaltrige bitterer Alltag ist: Lehmziegel in der Hitze zu formen. In Küchen, Fischfabriken oder auf dem Reisfeld zu schuften. Sie schlüpfen auch in die Rollen von Lehrkräften, Eltern und Bürgermeistern, die mal engagiert, mal hilflos, mal verzweifelt sind. Und oft auch gleichgültig. Bis zu 100 Leute schauten dem Straßentheater der Kinder jedes Mal zu, sagt Rémy Nsengiyumva. Viele verstanden erst danach richtig, wie es den Kindern aus ihren Familien, Schulen, Gemeinden Tag für Tag ergeht, erklärt der Präsident der Lehrgewerkschaft Syndicat Libre des Travailleurs de l'Enseignement du Burundi, kurz STEB. Denn: „Die Kinder imitieren in ihrem Rollenspiel exakt, was vor Ort passiert.“ Was ihre Bildung behindert – und oft auch ganz verhindert. In der Region Rukaramu am Tanganjikasee, dem zweitgrößten See in Afrika, ist das vor allem die Armut. Eltern schicken ihre Kinder als Miternährer zur Arbeit, Jugend-



VIELE ELTERN IN BURUNDI SCHICKEN IHRE KINDER ZUR ARBEIT UND SETZEN SIE ALS MITERNÄHRER EIN. DIE HERANWACHSENDEN SCHUFTEN UNTER ANDEREM IN ZIEGELEIEN.

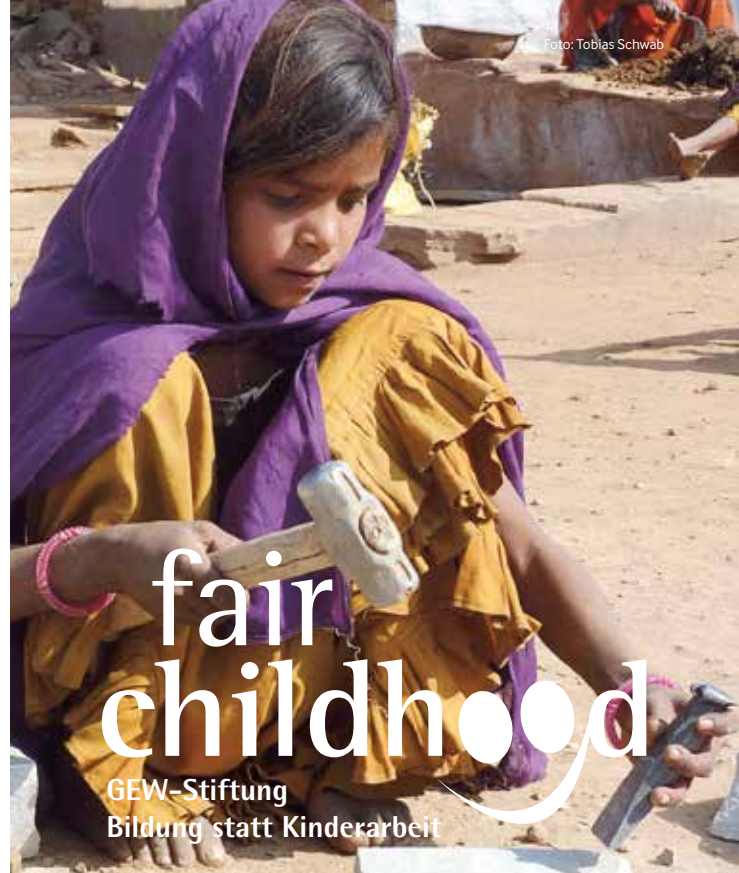
liche sehen in einem Schulabschluss keinen Sinn, da es für sie auch danach keine Jobs gibt. Kinderarbeit ist in Burundi für alle, die jünger als 15 Jahre sind, zwar verboten – „aber die Umsetzung des Verbots ist eine andere Sache“, so der STEB-Chef. Kinder gehen auch nicht zur Schule, weil viele Familien sich immer wieder ein neues Zuhause suchen müssen, sobald der See über seine Ufer tritt. Zudem gibt es viel zu wenige Lehrerinnen und Lehrer und viel zu viele unattraktive Schulen: „100 Kinder in einem Klassenraum – das haben wir oft.“

Jedes vierte Kind, das die Lehrkräfte noch vor einem Jahr für die Schule verloren glaubten, nimmt wieder am Unterricht teil.

STEB habe sich diese Region mit ihren rund 11.000 Haushalten 2021 auch deswegen als Projektgebiet für eine kinderarbeitsfreie Zone ausgesucht, weil die Bildungsrate hier besonders niedrig ist, sagt sagt Nsengiyumva – und das nicht einmal wegen der Corona-Krise: In Burundi wurden die Schulen in der Pandemie nicht geschlossen. Von den rund 7.000 schulpflichtigen Kindern waren 926 entweder Drop-outs oder hatten nie eine Schule besucht, ergab eine Umfrage von STEB im Frühjahr 2021 – „wir sind hierfür von Haus zu Haus gegangen“. Heute nimmt jedes vierte Kind, das die Lehrkräfte noch vor einem Jahr für die Schule verloren glaubten, wieder am Unterricht teil. Bereits ein halbes Jahr nach der Umfrage, im Herbst 2021, hatten sich 223 Drop-outs wieder in einer der sechs Schulen vor Ort eingeschrieben. „Das ist ein unglaublicher Erfolg“, sagt Samuel Grumiau von der Bildungsinternationale; er koordiniert von Brüssel aus die Projekte der Stiftung fair childhood. „Die Gewerkschaft hat noch an Glaubwürdigkeit gewonnen – einfach dadurch, wie sie das Problem angepackt hat.“

Denn STEB hat nicht nur 30 Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch 22 Väter, Mütter, religiöse Führer, Schuldirektoren und weitere Entscheidungsträger aus den Dörfern zu community mobilizers gegen Kinderarbeit ausgebildet und sie für die Not der Kinder sensibilisiert.

Er wisse, dass die Hilfe von STEB nicht alle Kinder und Jugendlichen erreicht, sagt Nsengiyumva – zu groß ist die Armut mancher Familien. „Bei aller Sensibilisierung wird es weiterhin Kinder geben, die nicht zur Schule kommen können, weil den Eltern schlichtweg das Geld für Stifte und Hefte fehlt.“ Das, fügt er hinzu, „ist für mich am schwersten zu ertragen“. ■



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 05/2022

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

RESOLUTION

DER GEW

ZUM UKRAINE-KRIEG



Der Hauptvorstand, das höchste beschlussfassende Gremium der GEW zwischen den Gewerkschaftstagen, hat am 26. März 2022 in Mannheim folgenden Beschluss zum Ukraine-Krieg gefasst, den E&W im Wortlaut dokumentiert.

Die GEW verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine. Wir fordern einen umgehenden Waffenstillstand, einen Rückzug der russischen Truppen und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts. Gemeinsam mit der Bildungsinternationale, der weltweiten Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften, und ihrer europäischen Region, dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, steht die GEW solidarisch an der Seite der Menschen, der Gewerkschaften, der Lehrenden und Pädagog*innen, Kinder, Schüler*innen und Studierenden in der Ukraine. Die GEW fordert Bund und Länder auf, Geflüchtete aus der Kriegsregion unabhängig von ihrer Herkunft und Staatsangehörigkeit aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu eröffnen bzw. schon hier lebenden Menschen

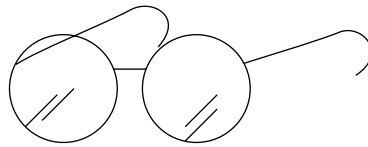
Verbleibmöglichkeiten zu bieten. Geflüchtete Frauen und Kinder sind vor sexualisierter Gewalt zu schützen.

Um die Herausforderung meistern zu können, bedarf es zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen für die Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Wir brauchen zusätzliches Personal und angemessene Räumlichkeiten für die Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen, multiprofessionelle Teams, zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache, herkunftssprachliche Fachkräfte und Angebote für die Beschäftigten, um mit Traumata der Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können.

Ein Unterstützungsprogramm für die Hochschulen zur Aufnahme geflüchteter Studierender, Lehrender und Forschender auch aus Drittstaaten ist auf den Weg zu bringen. Die GEW begrüßt die Einbindung von geflüchteten pädagogischen Fachkräften und fordert für diese zielgruppengerechte Unterstützung und verlässliche Perspektiven.

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Die GEW kritisiert die geplante massive Aufrüstung als Antwort auf den Ukraine-Krieg. Die Einrichtung eines 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens für die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Hochrüstung hilft den Menschen in der Ukraine nicht und wird die Sicherheit in Europa weiter gefährden. ■

MITGLIEDERFORUM



EIN TRAUERSPIEL

(E&W 2/2022, SEITE 40 FF.: „UNTERRICHT AN DER FRONTLINIE“)

Das syrische Regime verhindert im Norden seines Territoriums wie das türkische im Osten, also im Grenzbereich beider Staaten, seit Jahrzehnten, dass die dort lebenden Ethnien, vorwiegend Kurden, in basisdemokratischen Strukturen friedlich miteinander leben können. Beide Staaten löschen mittels militärischen Einsatzes Menschenleben aus und zerstören die zum Leben benötigten wichtigen Infrastrukturen immer wieder, so auch Schulen. Es ist ein Trauerspiel, dass der Westen wie auch die UN die autonomen Gebiete nicht materiell und ideell unterstützt. UN-Problem: Die USA wie Russland sind große Waffenlieferanten für die Türkei und Syrien, Europa befürchtet, Erdogan könnte wie vor Jahresfrist die Flüchtlingslager in Richtung Griechenland wieder öffnen.

Ulrich Bald, Hagen

VORBILDLICH

Herzlichen Dank für diesen Artikel! Dank auch für die klaren Worte, von wem derzeit die meiste Gefahr ausgeht: „Die wohl größte Bedrohung ist jedoch die Türkei, die die Gebiete seit Jahren besetzt, destabilisiert und immer wieder angreift.“ Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass dieses demokratische „Rojava-Projekt“ als „terroristisch“ kriminalisiert wird. Nicht nur im Bildungssektor ist es für die Freundschaft der Völker beispielhaft, sondern auch für das Gesundheitswesen. So bauten 177 Helferinnen und Helfer aus zehn Ländern 2015/16 gemeinsam mit der Selbstverwaltung in Kobanê ein Gesundheitszentrum auf, das heute vorwiegend als Geburtsklinik tätig ist. Monatlich werden dort an die 500 Babys geboren.

Eberhard Schmid, Stuttgart

UNHINTERFRAGT ABGEDRUCKT

(E&W 2/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 45 F.: „ZWEIFELHAFTE ZUVERLÄSSIGKEIT“, „IMPFORDERUNG FALSCH“ SOWIE „ANDERE ANSICHTEN UNERWÜNSCHT?“)

Auch wenn ich es grundsätzlich gut finde, ein weites Meinungsspektrum abzubilden, hätte ich mir von der Redaktion doch gewünscht, dass die Leserbriefe von Wolfgang Kehren, Andrea Reinelt und Bernadette Menzel nicht unhinterfragt abgedruckt werden. Ich zumindest habe Fragen: Von Herrn Kehren wüsste ich gern, wie in einer 4 Gramm schweren Testkassette 25 Gramm PVC enthalten sein sollen. Nicht mal mit Papieranleitung und Umverpackung wiegt ein Testset 25 Gramm. Wieso sollten Schnelltests bei Geimpften weniger zuverlässig sein, da der Zweck der Schnelltests das Erkennen von ansteckenden Personen ist, nicht das Identifizieren Infizierter? Von Frau Reinelt würde ich gern erfahren, wieso sie glaubt, es schütze Kinder und Jugendliche, wenn wir Abstand von Impfforderungen nähmen. Worin genau besteht der Schutz? Und wieso empfiehlt sie als Nicht-Medizinerin statt eines milliardenfach eingesetzten Impfstoffs eine nur tausendfach erprobte medikamentöse Therapie, die gravierender eingreift und zu der „Langzeitstudien“ auch nicht existent sind? Und schließlich wüsste ich gern von Frau Menzel, worin die Ausgrenzung nicht geimpfter GEW-Mitglieder in Schulen besteht. Zumindest für unser Kollegium kann ich sagen, dass wir auf unsere ungeimpften Kolleginnen und Kollegen ganz anders blicken: Wir machen uns Sorgen um sie.

Jörn Hahn, Duisburg

>>> ANREGEND UND PRAXISRELEVANT

(E&W 3/2022, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKT „FEMINISTISCHE ZEITPOLITIK“)

Während eines Besuchs bei Freund_innen, pensionierte Lehrer_innen und GEW-Mitglieder, stieß ich auf die aktuelle Ausgabe der E&W mit dem Schwerpunktthema Feministische Zeitpolitik – und war begeistert. Zum einen ob der Vielfalt der angesprochenen Zielgruppen und der differenziert beleuchteten Themen – von Schulbetrieb auf Teilzeitbasis oder Leitungsfunktionen im Job-Sharing-Modell bis hin zu Tipps für eine glückliche Altersteilzeit und das neue Sortieren von Zeit.

Ebenfalls anregend und sehr praxisrelevant der Appell Eurer für Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik verantwortlichen GEW-Vorständin Frauke Gützkow: Statt nach wie vor von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sprechen, was leider zu oft für Frauen die Teilzeitfalle impliziert, setzt sie sich vehement für eine umfassende Umverteilung der Sorgearbeit ein – mit Zeit, Geld und Infrastrukturen als den entscheidenden Stellschrauben. Das von ihr vorgeschlagene Wording „Sorgearbeit umverteilen“ erscheint mir zudem weitaus eingängiger und damit geeigneter für eine gelungene Kampagne als beispielsweise Begriffe wie „Care-Revolution“. Es ist zwar meist dasselbe gemeint, aber wir müssen immer zusehen, wie wir Forderungen auch breit verankert bekommen. Alles in allem ein gelungenes Heft, danke. Sissi Banos, München

POSITIVE HALTUNG VERMISST

(E&W 3/2022, SEITE 18 FF.: „OPEN SOURCE MIT SCHWIERIGKEITEN“)

Die meisten Lehrkräfte können sich für das digitale Lernen nicht erwärmen. Die Gründe für die mangelnde Kompetenz der Lehrer:innen sind vielfältig und doch auf einen Nenner zu bringen: Es fehlt an Ausbildung, einer Zielvorstellung und mangelnder Unterstützung für den Gebrauch der Hard- und Software. An meiner Schule haben wir das Open Source Schreibprogramm Libre Office eingeführt, weil die meisten unserer Schüler:innen sich das teure Word von MS (Microsoft) nicht leisten können. Selbst nach Jahren war das Gemotze (der Kolleg:innen) noch groß, weil Libre mit Word nicht zu 100 Prozent kompatibel ist. An vielen Schulen wurde in den vergangenen zehn Jahren umfangreiche Hardware installiert,

die vor allem für relativ bescheidene Übungen eingesetzt wird. So wunderte es nicht, wenn in Corona-Zeiten das Homeschooling nicht wirklich funktionierte. Es nützt das beste WLAN nichts, wenn es nur zum Nachschlagen von Fremdwörtern, zum Recherchieren und bestenfalls für den Lebenslauf verwendet wird. Es fehlt an einer gemeinsamen positiven Haltung für das Digitale. Und die gewinnt man nicht dadurch, dass allerorten behauptet wird, wie wichtig doch die Digitalisierung sei.

Wolfgang Rauch, Kronau

BILLIGE WERBUNG BEENDEN

Danke für den spannenden und anregenden Artikel „Open Source mit Schwierigkeiten“! Die Schwierigkeiten bei den Alternativen zu Apple & Co. fangen bereits drei Doppelseiten nach dem Artikel an. Was lesen wir da: „Mitglied werben, iPad gewinnen!“ Große Schrift, knallige Farben: bester Werbeplatz! Wie heißt es im Artikel – „auf allen Ebenen Einfluss ausüben“ – also: Wenn es die GEW schon nicht schafft, sich öfter in kritische Distanz zum neoliberalen gesellschaftlichen Klima zu begeben, dann bitte wenigstens ein Ende mit dieser billigen Werbung!

Felix Fiebig, Dortmund

NEUE BERUFSVERBOTE

(E&W 3/2022, HINTERGRUND „50 JAHRE RADIKALENERLASS“, SEITE 28 FF.: „ICH VERSPÜRE IMMER NOCH WUT“ UND „RAUSWURF OHNE ANGABE VON GRÜNDEN“)

Als jemand, der von Berufsverboten betroffen war, freute ich mich über die Dokumentation zweier Schicksale. Auch der Hinweis, dass damals 3,5 Millionen Menschen überprüft wurden, war erhellend. Doch vermisst habe ich die Information, dass Ampelkoalition und Landesregierungen eine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und als Konsequenz eine Wiedereinführung von Berufsverboten planen. In der Ampelvereinbarung heißt es unter anderem: „Die in anderen Bereichen bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern (für den öffentlichen Dienst) weiten wir aus ...“. Diese Maßnahme richtet sich gegen „Extremisten“ und „Verfassungsfeinde“. Wir wissen aus schlechter Erfahrung, dass der Verfassungsschutz dazu neigt, linksaktive Menschen als solche anzusehen – die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten

des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), Antifa oder vielleicht Ende Gelände müssen sich Sorgen machen. Richter*innen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen in ver.di kritisierten deshalb zu Recht den CDU-Vorschlag zur Einführung der Regelabfrage für Bewerber*innen für das niedersächsische Richteramt.
Joachim Sohns, Oldenburg/Niedersachsen

ENTSCHÄDIGUNG NOTWENDIG

Der heutige baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) war ja selbst in einer K-Gruppe und hatte Glück. Viele seiner Kommilitonen hatten dagegen Pech. Ich hatte halb Pech und halb Glück. Zuerst wurde mir die Ausbildung zum Lehrer verweigert – mit dem pauschalen Vorwurf, ich sei in bestimmten Organisationen gewesen und habe sogar die DDR besucht. Von 1975 bis 1977 musste ich einen Prozess gegen diese ungerechte Behandlung führen. Erst als die obersten Gerichte mehrmals geurteilt hatten, dass es nur für Handlungen, die gegen das Gesetz verstoßen, gesetzliche Sanktionen gibt, lenkte das Land Hessen ein. Mir begegneten in den folgenden Jahren viele ehemalige Kommilitonen und Kollegen, die sich anderen Berufen zuwandten und sich bewusst von politischen Aktivitäten oder Parteien, ja sogar Wahlen, fernhielten. Ich habe ab 1975 15 Jahre lang als angestellter Lehrer und Sozialarbeiter für eine Rente gearbeitet, dabei am Schluss ganz gut verdient. 1993 wurde ich verbeamtet und habe anschließend noch weitere 15 Jahre bis zu meiner Pensionierung gearbeitet. Meine Pension ist natürlich deutlich geringer als die meiner Kolleginnen und Kollegen mit ähnlich langen Erwerbsbiografien. Darum unterstütze ich das Bestreben nach Entschädigung.
Martin Freese-Knecht, Dietzenbach

BÜROKRATISCH ABGEKANZELT

Ich finde es sehr gut, dass sich die E&W um die Opfer der Berufsverbote und der Gewerkschaftsausschlüsse kümmert. Ich finde es auch gut, dass innerlinke Problematiken hierbei benannt werden, wie das miese Verhältnis zwischen der DKP und den maoistischen und trotzkistischen Gruppierungen. Ich möchte aber auch auf andere Opfer des bundesrepublikanischen Staates aufmerksam machen. Ich nenne hier die Opfer sexualisierter und anderer Gewalt an staatlichen Schulen und weiteren staatlichen Institutionen. Ich bin selber Opfer

eines Missbrauchs am Schlossgymnasium in Mainz. Auch für mich und die anderen Opfer bedeutet dies lebenslanges psychisches Leid und materielle Folgen. Ich habe mich selber krank in die Rente mit 63 gerettet. Dies bedeutet eine geringere Rente als beim regulären Renteneintritt mit 65 plus x Jahren. Sexueller Missbrauch kommt keineswegs nur in Kirchen, Sportvereinen oder Einrichtungen wie der mittlerweile geschlossenen Odenwaldschule vor. Wenn man sich als Erwachsener beim Staat, in meinem Fall beim Land Rheinland-Pfalz darüber beschwert, was einem als Kind angetan wurde, wird man bürokratisch abgekanzelt. Ich denke, den Opfern der Berufsverbote ist es ähnlich ergangen.

Uwe Saßmannshausen, Mainz

Anm. d. Red.: siehe E&W-Schwerpunktheft zum Thema „Sexuelle Gewalt“ 6/2010, 1/2013 und 11/2015 sowie „Tatort Odenwaldschule“ (6/2019), „Tatort Schule“ (6/2021) und Seite 18 f. „Jede Schule kann Tatort sein“ (aktuelle E&W)

AKTUELLE BRISANZ

(E&W 1/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:
„HALBHERZIGER BESCHLUSS“)

Als Betroffener des Radikalenerlasses, der 1987 Berufsverbot als Lehrer wegen der Kandidatur für den Stuttgarter Gemeinderat für die Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) erhielt, begrüße ich die Berichterstattung darüber sehr. Eingeschlossen die Auseinandersetzung über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften. Die GEW hat diese immerhin aufgearbeitet und sich bei den Betroffenen entschuldigt. Mit seinem Hinweis, dass der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen 2021 die Überprüfung von Journalisten forderte, macht ein Leserbrief auf die aktuelle Brisanz des Themas aufmerksam. Allerdings ließ es besagter Herr Maaßen während seiner Zeit als Verfassungsschutzpräsident nicht bei solchen Drohungen bewenden. So wurden drei Mitglieder der Parteiführung der MLPD vom gleichen Herrn über Monate im gesamten Schengenraum zur Fahndung ausgeschrieben. Darunter auch die Vorsitzende Gabi Fechtner. Ohne jeden juristischen Grund oder Anlass, sondern um sie zu kriminalisieren und die Unterstützung von Befreiungskämpfen in die terroristische Ecke zu rücken. An die Öffentlichkeit gezerrt zeigte sich die ganze Haltlosigkeit der Vorwürfe.

Wolfgang Serway, Stuttgart

>>> ZUM OPFER STILISIERT

(E&W 3/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 40:
„AUS DEM BERUF GEDRÄNGT“)

Der Briefschreiber beklagt sich bitter, nach der Wende „wie Tausende Lehrer in Ostdeutschland“ gekündigt und wegen seiner „linken Einstellung“ lebenslang abgestraft worden zu sein. Festzuhalten ist, dass 90 Prozent der Lehrkräfte weiter beschäftigt wurden. Für eine Kündigung bedurfte es massiver Gründe. Hier stilisiert sich jemand mal wieder als Opfer. Analog im selben Heft die Klagen von zwei Betroffenen der Berufsverbote in der BRD. Zweifellos schoss diese Maßnahme übers Ziel hinaus, doch wer in der von Erich Mielke, 1957–1989 Minister für Staatssicherheit in der DDR, gesteuerten DKP bzw. in einer „K-Gruppe“, sprich: totalitären Politiksekte, aktiv war, sollte sich die Frage gefallen lassen, wie er es denn mit der verhöhnnten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ hielt. Anstatt sich als Opfer zu gerieren, wäre das Eingeständnis eigener Fehler angemessen. Jeder, zumal jeder junge Mensch, hat das Recht auf Irrtum, nur sollte er ihn irgendwann einmal auch erkennen.
Hasso Spode, Berlin

ES GEHT UM VIEL MEHR

(E&W 3/2022, SEITE 38 F.: „ES TUT WEH!“)

Diese Glosse spricht mir aus dem Herzen! Es geht gar nicht darum, nie Fehler zu machen. Diese sind menschlich. Es geht um viel mehr. Im Unterricht und auch außerhalb davon frage ich mich oft, warum mein verstorbener Opa (Jahrgang 1902) mit über 90 Jahren noch über eine normgerechte Rechtschreibung und eine lesbare Schrift verfügte, obwohl er sicher eine relativ knappe Schulausbildung hatte. Heute werden tausend Aktivitäten unternommen, um Grundschulern das Lesen und Schreiben beizubringen, häufig mit einem ernüchternden Ergebnis, wenn sie in Klasse 5 zu uns kommen. Wie kann das sein? Da ich selbst zu DDR-Zeiten Grundschullehrerin war und heute in der Mittelstufe unterrichte, sehe ich folgende Ursachen: Es wird im Elternhaus zu wenig miteinander gesprochen. Manche Kinder sind so reizüberflutet, dass sie sich nicht konzentrieren können. Es ist bitter zu erleben, dass eine sehr gute Didaktik und Methodik, wie ich sie in vier Jahren Fachschule erlernte, nach dem Ende der DDR infrage gestellt wurden. Warum nur? Ich wende sie auch in der Mittelstufe an und habe nur gute Erfahrungen gemacht.
Ines Herrmann, Dresden

TOLLE ZUSAMMENFASSUNG

Die Glosse ist einerseits köstlich zu lesen, andererseits: Ist das nicht uns allen längst bekannte Realität, die keineswegs zum Lachen anregt? Dennoch: Eine tolle Zusammenfassung des Blödsinns, der seit geraumer Zeit unsere Sprache, das Gefühl für Rhythmik und Grammatik, verunstaltet. Gratulation an Kollegin Gabriele Frydrych.
Christel Weber, Dortmund

SPRACHLICHE UNGEHEUERLICHKEITEN

Hochverehrte deutsche Sprache, ja, es tut weh, wie du gerade verunstaltet und ausgeblutet wirst. Vor Jahren gab es mal einen Wettbewerb, in dem das schönste Wort in der deutschen Sprache gesucht wurde. Spitzenreiter war „Habseligkeiten“ – was für ein kostbares und Herz erwärmendes Wort! Gendergerechte Sprache schaffst auch du, du jahrhundertealte wandlungsfähige Sprache, ohne dass du vergewaltigt werden musst. Lass dich nicht in ein Zwangskorsett von Wording und Framing pressen. Die „vermeintlich schicken Anglizismen“ werden irgendwann von dir wieder abblättern. Noch vor wenigen Jahren hast du mit den Eltern von „Schreikindern“ Mitleid gezeigt. Jetzt müssen modebewusste Eltern nicht bloß einen SUV fahren und High-End-Equipment in ihrem Smarthome bedienen, sondern sich um ihre „High-Need-Babys“ kümmern. Die Liste der sprachlichen Ungeheuerlichkeiten ließe sich noch lange fortsetzen, aber ich will dich nicht länger quälen. Liebe deutsche Sprache, ich wünsche dir alles Gute und ein langes Leben – lass dich nicht verdrießen!
Marlies Beitz, Stuttgart

PAUSCHAL VERUNGLIMPFT

(E&W 4/2022, SEITE 10 FF.: „DAS BANALE NICHTS“)

Sollte es sich hierbei um eine Glosse handeln, um zu zeigen, welche Entgleisungen die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) bereit ist zu veröffentlichen, so wird die Distanzierung zumindest nicht deutlich. Hier wird pauschal jede Meinung, die nicht der vorherrschenden Sichtweise zustimmt, verunglimpft, ja zu denen gezählt, die die Demokratie zerstören wollen. „Es geht also ... letztlich um einen Angriff auf den demokratischen Staat und dessen Organe.“ Damit sind wir also wieder bei dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Gewerkschaft so etwas ernst nimmt. Wir haben als Lehrerinnen über

Jahrzehnte versucht, unsere Schülerinnen zu selbstständigen, nachdenkenden und kritikfähigen Menschen zu erziehen, weil wir davon überzeugt sind, dass nur so eine Demokratie leben und überleben kann. Wird das Ziel jetzt wieder, Ja-Sager zu erziehen?

Dieter Berghoff, Erkrath

UNGEHEUERLICHE UNVERSCHÄMTHEIT

Nicht einen handfesten und überprüfbaren Beleg führt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie auf für seine These, Corona-Leugner seien alle gleich mit den üblichen Verdächtigen wie AfD usw. bis hin zu Antisemiten. Dazu verweist er auf einen Sammelband des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung. Und er führt oben drein den US-amerikanischen Soziologen David Riesman mit seinem Werk „Die einsame Masse“ als Kronzeugen an. Hat aber nicht gerade Riesman vor der Propaganda der Gleichschaltung im Spätkapitalismus gewarnt? Vor der „Erziehung“ zum kritik- und willenlosen Konsumenten? Rührt nicht gerade daher der Vertrauensverlust in den „demokratischen Staat“, die „Unabhängigkeit der Medien“, die „Unabhängigkeit der Justiz“?

Noch mehr frage ich mich, wie 50 Jahre nach den Berufsverboten, an denen damals einige in der GEW opportunistisch mitgewirkt haben, heute andere nichts eifriger zu tun haben, als die Corona-Kritiker pauschal und grob diskreditieren zu lassen. Sie gar als Antisemiten zu denunzieren. Eine ungeheuerliche Unverschämtheit! Der Text von Leggewie wurde der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 18. Dezember 2021 entnommen. Mag die E&W-Redaktion den Leser*innen nicht erklären, dass die „FAZ“ das Infoblatt der bundesdeutschen Finanzwelt mit Sitz in Frankfurt am Main ist?

Ralph Höpfner, Bremen

ZUTIEFST VERÄRGERT

Der Artikel von Prof. Claus Leggewie hat mich zutiefst verärgert. Da ich seit Monaten mit vielen Menschen aller Schichten und Altersstrukturen an Montagsspaziergängen teilnehme, bei denen eine friedliche und freundliche Stimmung herrscht, bin ich entsetzt über seine Aussagen! Mir und vielen anderen geht es nicht um ein kollektives „Nein“ zu allem und jedem, sondern einzig und allein um eine Freiwilligkeit bei der Impfung. Dass Herr Leggewie immer noch darauf pocht, dass Impfen ein Zeichen von Solidarität und Mitgefühl sei, kann mich nur

erstaunen. Jeder, der nur irgendwie Kritik übt, wird in die rechte Ecke geschoben. „Trotzige Behauptungen individuellen Ungehorsams“ nennt Herr Leggewie den Protest. Ich nenne es notwendiges, kritisches Hinterfragen und Mitdenken bei den Vorgehensweisen unserer Politiker, die nicht immer unbedingt von Fachwissen geprägt sind!! Am meisten bin ich darüber enttäuscht, dass die E&W sich so einseitig positioniert. Ich überlege ernsthaft, meine Mitgliedschaft bei der GEW aufzukündigen. Ausdrücklich möchte ich mich noch bei dem Pädagogen Heinz Klippert für seinen Leserbrief „Fatales Schwarz-Weiß-Denken“ (s. E&W 4/2022, Seite 47) bedanken! Trifft es auf den Punkt!!

Alexandra Schulte, Ense

QUERDENKER KEINE PROVOKATEURE

Seit 40 Jahren begleite ich Kinder im Zweifeln an Normen und Einhalten von Regeln, die dem Bedürfnis nach Sicherheit dienen. Folgen jetzt Menschen den Querdenkern wie Schafe, weil ihre Vernunft durch Angst zerstört ist? Führten die bisherigen Hirten sie nicht auf grüne Weiden? Dienten Zaun und Hunde nicht dem Schutz? Weil ich gegen rechts bin, spreche ich Querdenker an, so wie ich auch das Gespräch mit Kindern suche, deren Verhalten mich fordert. Mir begegnen keine Provokateure, sondern aufgeschlossene, empathische Menschen, die ihr Nein zur Corona-Politik begründen und sagen, was ihrer Meinung nach für die Gesundheit der Menschen besser gewesen wäre und was jetzt getan werden sollte. Ihre Vision von einer Gesellschaft, in der Sündenböcke ausgegliedert haben, weil jeder verantwortlich für ein gelingendes Miteinander ist, sollte kein Wunschtraum bleiben, denn sie äußern klare Gedanken über den Weg dorthin.

Anne-Kathrin Schlenkrich, Leipzig

WIDERSPRUCH, UNMUT, ABWEHR

Wenn man so langsam auf die 80 Jahre zugeht und die 68er-Zeit als Student erlebt hat, dann ist selbsterklärend, dass man so einige Gewiss- und Wahrheiten (selbst der GEW) hat kommen und gehen sehen, und dass man auch manchen Artikel der E&W hat über sich ergehen lassen, der mindestens einige Tage lang Bauchschmerzen machte. Der Beitrag des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie lässt mir allerdings nun (ich glaube, nicht nur altersbedingt) keine Ruh – Widerspruch regt sich, jein, eher Unmut, Abwehr!

>>>

>>> Stein des Anstoßes? Leggewies Sätze: „... Anders als bei jüngeren Protestbewegungen ... geht es um die trotzig behauptung individuellen Ungehorsams. Der gemeinsame Nenner der aktuellen Protestlandschaft ist demnach politischer Nihilismus. ...“ Zum ersten Satz war meine spontane Reaktion „ja, so ist es“ und zum zweiten Satz „hm, so etwas kommt vor (ist immer vorgekommen – speziell nach den Erfahrungen mit Faschismus/Kommunismus und sonstigen Welterklärungsmodellen). Ich will zumindest fragen, ob hier lange genug nachgedacht wurde. „Ja-Sager“ waren lange Zeit doch auch nicht gerade in Mode! Um unnütze Verbissenheit zu vermeiden, möchte ich in leichter Anlehnung an den Musiker Bob Dylan mit dem Satz „Do think twice!“ schließen – es könnte etwas Überzeugenderes dabei herauskommen.

Ernst Mohnike, Hamburg

KLUGE, KRAFTVOLLE ANALYSE

Wir sind auf die Solidarität, Rücksichtnahme und die Bereitschaft der Gesellschaft angewiesen, sich gegen Corona impfen zu lassen. Unsere Tochter gehört zur Gruppe der Verletzlichen, Schwachen und Hilfsbedürftigen. Die umfassenden aktuellen Lockerungen in der Corona-Pandemie haben daher einen bitteren Beigeschmack und sind eine große Belastung für uns. Umso wichtiger sind differenzierte, kluge, kraftvolle Analysen wie das „Banale Nichts“ des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie. Gekleidet in das Gewand der Freiheit und Selbstbestimmung sind manche Gesichter, die hinter den Masken zum Vorschein kommen, gezeichnet vom Egoismus gesellschaftlicher Gruppen, die lautstark Forderungen stellen und in keinster Weise dazu bereit sind, den Blick in die Weite zu richten – weg vom eigenen Selbst.

Vera Perkovac, Ulm

BOTSCHAFT: KEINE DEBATTE!

(E&W 4/2022, SEITE 22 F.: „DAS RICHTIGE TUN“)

Die GEW-Vorsitzende Maïke Finnern lehnt Aufrüstung kategorisch ab und spricht sich indirekt gegen die Einrichtung eines Sondervermögens für die Aufrüstung der Bundeswehr aus. In Anbetracht ihrer Funktion ist das keine persönliche Meinung, sondern eine Positionierung der GEW, die nicht durch Beschluss des Gewerkschafts-

tages legitimiert ist. Die Botschaft: keine Debatte! Dieses Vorgehen ist mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht vereinbar. Die GEW hat kein allgemein-politisches Mandat.

Unbenommen war und ist der GEW-Vorsitzenden das Recht, in der GEW ohne Vorgabe einen demokratischen und offenen Diskurs zu initiieren und zu organisieren. In diesen kann sie sich dann selbstverständlich einbringen. Ulrich Weinberg, Darmstadt

Anm. d. Red.: Die Aussagen der GEW-Vorsitzenden Maïke Finnern in der April-Ausgabe der E&W basieren auf einem Beschluss des GEW-Hauptvorstandes vom 26. März 2022, des höchsten beschlussfassenden Gremiums der GEW zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Gewerkschaftstagen, und sind damit demokratisch legitimiert (s. Seite 40). Laut Satzung ist die Außenvertretung der GEW die Aufgabe der Vorsitzenden. Die Gewerkschaften haben das Selbstverständnis, sich auch zu wichtigen allgemeinpolitischen Fragen zu äußern, so wie dies der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zum Ukraine-Krieg getan haben. Das entspricht der Erwartungshaltung vieler Mitglieder.

GEW und DGB zum Ukraine-Krieg: gew.de/ew-5-22

UNGEHÖRIG

Die Beobachtungen der GEW-Vorsitzenden Maïke Finnern zum Ukraine-Krieg sind kaum noch als nur unbedacht zu bezeichnen. Noch mehr Diplomatie gegenüber dem vielfachen Kriegsverbrecher, Russlands Präsidenten Wladimir Putin? „Der Krieg hat nur hässliche Gesichter“? Nein, es sind die russischen Kriege der vergangenen 30 Jahre, die so hässlich sind! Aber Finnern weiß ja auch schon, dass „allerdings nicht abzu-sehen ist“, dass die Geflüchteten bald zurückkehren werden. Verwechselt sie die Ankommenden von 2015 und die Ukraine-Flüchtlinge 2022? Klar, Schriftsteller Thomas Mann brauchte 20 und Bertolt Brecht 15 Jahre, um Deutschland nach der Flucht vor den Nazis wieder zu betreten; mein Großonkel floh 1938 mit Familie in die USA und kam nie zurück. Sieht Finnern Putins Rückhalt in der russischen Bevölkerung also doch genauso stark verankert wie den des Diktators Adolf Hitler bei den Deutschen? Eine von Frauen und Kindern entvölkerte Ukraine – etwa als Kompromissvorschlag an Russland? Ungehörig erscheint Finnerns Zurückweisen der ukrainischen Bitte, in Deutschland

teilweise, vielleicht mehrheitlich nach ukrainischen Lehrplänen vorzugehen.

Thomas Martini, Hamburg

FROH, DASS ES DIE NATO GIBT

„Frieden schaffen ohne Waffen“ – kann das heute noch richtig sein? Bis Mitte Februar 2022 habe ich das gedacht. Ich war in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung dabei, in der Friedensbewegung, ich war gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die NATO. Heute bin ich froh, dass wir die NATO haben. Das neutrale Finnland bereitet seinen Eintritt vor, Schweden denkt darüber nach. Bis zum 24. Februar habe ich auch geglaubt/gehofft, der Friede könne sichergestellt werden, wenn Regierungschef*innen und Außenminister*innen sich im Kreml die Klinke in die Hand geben, sich an den albernsten Tisch des russischen Präsidenten Wladimir Putin setzen, um mit ihm zu reden und sich faktisch nur veralbern zu lassen. Die Strategie der Diplomatie und der Gespräche ist

offenbar gescheitert, weil es auf der anderen Seite nicht die geringste ernsthafte Gesprächsbereitschaft gab. Putin hatte längst schon geplant, die Ukraine von der Landkarte zu tilgen. Sollen die Ukrainer*innen da nur noch mit Putin reden und sich derweil abschlichten lassen? Ich denke: Nein! Sie haben ein verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung und es ist unsere verdammte Pflicht, nicht wegzusehen, sondern sie nach besten Kräften zu unterstützen, auch durch Lieferung (schwerer) Waffen – so schmerzlich das ist.

Gerlinde Heinze, Würselen

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



EIN LEBEN VERÄNDERN!

Mit einer Patenschaft können Sie Mädchenbildung fördern.

„WERDEN SIE PAT:IN!“

Plan International Deutschland e.V.
www.plan.de

PLAN INTERNATIONAL
Gibt Kindern eine Chance



Die Quintenzirkeluhr
und viele Lehrmittel am Puls der Zeit

Verlängerung unserer Aktion
10% Spende für die Ukraine-Hilfe
auf unser gesamtes Sortiment bis 31. Mai 2022

UvdS-Design.com
info@UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

Insel Rügen: Ferienwohnungen direkt am Wasser mit traumhaftem Seeblick, ruhig, sonnig, komfortabel
Fam. Jens: Tel. 038301 60289
www.alte-bootswerft.de

Hamburg
Schülertouren
St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com



Stück für Stück ... bauen Sie mit uns an einer Zukunft ohne Alzheimer. Infos unter:

0800 - 200 400 1
(gebührenfrei)

Alzheimer Forschung
Initiative e.V.
Kreuzstraße 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Was tun bei Arthrose?

In ihrem Ratgeber „Arthrose-Info“ gibt die Deutsche Arthrose-Hilfe wertvolle hilfreiche Tipps für alle Gelenke. Eine kostenlose Sonderausgabe ist erhältlich bei: Deutsche Arthrose-Hilfe, Postfach 110551, 60040 Frankfurt (bitte gerne eine 0,85-€-Briefmarke für Rückporto beifügen) oder gerne auch per E-Mail an: service@arthrose.de.

DIESMAL

